

Rezensionen

Hanns Wienold: *Leben und Sterben auf dem Lande. Kleinbauern in Indien und Brasilien*. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot 2007, 218 Seiten

Nicht erst die spekulativen Preissteigerungen für Grundnahrungsmittel haben zu einer Wiederenntdeckung der Landwirtschaft in der globalen Wirtschafts-, Entwicklungs- und Sozialpolitik geführt (siehe *PERIPHERIE* 107, September 2007). Trotz gegenteiliger Versprechungen und Ankündigungen, etwa im Weltentwicklungsbericht 2008 der Weltbank, ist es aber durchaus zweifelhaft, ob davon auch die kleinbäuerliche Landwirtschaft profitieren wird. Es gibt berechnete Befürchtungen, dass sie weltweit verschwinden wird, genauso, wie die Kleinbetriebe in Europa, oder lediglich in Öko- und anderen Nischen überleben kann. Der britische Historiker Eric Hobsbawm etwa hat als das entscheidende „Modernisierungs“-Ereignis des 20. Jahrhunderts den weltweiten Tod der Bauernschaft ausgemacht (The Age of Extremes, 1994). Ähnlich prognostizierte bereits in den 1970er Jahren Ernest Feder (The Peasant, in: Latin American Research Review 13:3, 1978), dass die Bauern quasi naturgesetzlich als eine eigene »Spezies« durch die Globalisierung nahezu »ausgerottet« werden würden.

Der Titel des Buches von Hanns Wienold nimmt einerseits diese These der „Ausrottung“ auf, stellt ihr aber auch das Phänomen an die Seite, dass die kleinbäuerliche Landwirtschaft keineswegs verschwindet. Trotz düsterer Prognosen besitzt sie nach wie vor

erhebliches Gewicht und wächst sogar, selbst unter widrigsten Umständen. Die acht Beiträge speisen sich gleichermaßen aus wissenschaftlicher Analyse wie entwicklungspraktischer Erfahrung. Sie werden zusammengehalten durch eine ausführliche Einleitung und einen – weniger ausführlichen – Schluss, die einordnen, was auf den ersten Blick durchaus disparat erscheint – Indien und Brasilien, zwei Länder, die wenig Gemeinsamkeiten zu haben scheinen, heilige Kühe, Selbstmorde von Bauern und Abholzung im Amazonasgebiet – um nur einige der Stichworte zu nennen.

So zeigt das Kapitel „Requiem für heilige Kühe“ Konstruktion und Konflikte der indischen Kastengesellschaft, veranschaulicht aber auch die hinter der Verehrung der Rinder stehende Gleichzeitigkeit von Ausgrenzung und repressiver Einbindung der ‘Unterkasten’, die häufig die Landlosen und Landarbeiter/Landarbeiterinnen sind. Die Agrarreformen haben diesen ‘Unterkasten’ zumindest in einigen Landes teilen Spielräume für eine Umwandlung in Kleinbauern oder in ein Semi-Proletariat, sprich: in eine Kombination von Landwirtschaft und Lohnarbeit eröffnet, eine Existenzweise, die für Wienold ein durchgängiges Prinzip in den Ländern des Südens ist: „Der Form nach sind sie hauptsächlich Bauern oder besser ‘moderne Farmer’, dem Inhalt nach nicht viel mehr als ‘verkleidete’ Arbeiter, formell selbständige Arbeiter, deren Erträge in den Taschen der Banken, professionellen Geldverleiher, Händler und Aufkäufer verschwinden“ (16). Am Beispiel der Suizid-Wellen in den Baumwollregionen von Andhra Pradesh

und Maharashtra und der ökonomischen und sozialen Veränderungen seit der Öffnung Indiens gegenüber den Weltmärkten seit Beginn der 1990er Jahre arbeitet er die dadurch bedingten – und schier unentrinnbaren – prekären Überlebensbedingungen heraus, denen die Kleinbauern, die sich auf den Weg der kommerziellen Landwirtschaft eingelassen haben, unterliegen. Zwei weitere 'indische' Kapitel zeigen am Beispiel der Bergregion Changar zum einen die Genese der heutigen Kleinbauern und ihre Abhängigkeit von Lohnarbeit, etwa als MigrantInnen in den Städten, und gehen der Frage nach den Möglichkeiten und Bedingungen einer „nachhaltigen Entwicklung“ einer Region mit knappen Ressourcen und prekärem ökologischen Gleichgewicht nach.

Die vier Kapitel über Kleinbauern in Brasilien stehen im Zeichen der „konservativen Modernisierung“, die zu einer Umwandlung der Latifundien in kapitalistische Agrarunternehmen mit extensiver Bewirtschaftung des Landes geführt hat. Im zyklischen Prozess der Agravarexpansion und Landnahme, der gegenwärtig die Wälder Amazoniens erfasst, entstehen immer aufs Neue kleinbäuerliche Existenzen, die ebenso regelmäßig der nachrückenden „Agrarfront“ der kapitalistischen, für den Weltmarkt produzierenden Betriebe und damit der Landnahme, Inwertsetzung und Gewalt, der sich insbesondere das sechste Kapital widmet, weichen müssen. Spielräume durch die Land- und Agrarreform, nicht zuletzt vorangetrieben durch die Landlosenbewegung, führten zwar zur Entstehung von hundert tausenden neuen kleinbäuerlichen Betrieben (Minifundien), doch ist es „bisher nur in begrenztem Umfang gelungen, an die Stelle der

Minifundien und semi-proletarischen Haushalte neue Formen kollektiver Produktion und kollektiven Wirtschaftens zu setzen“ (19). Ein wesentlicher Faktor bei der Expansion der kommerziellen Landwirtschaft und der zyklischen Verdrängung kleinbäuerlicher Existenzen ist die Verwandlung öffentlichen Landes in eine private, handelbare Ware, ein Prozess einer „fortgesetzten ursprünglichen Akkumulation durch Enteignung“, der kleine Produzenten, Landarbeiter und ihre Nachkommen in einem Abgrund „unfreier Arbeit“ festhält.

Materialreich und anschaulich, auch emphatisch, gelingt es Wienold, in der Heterogenität der verschiedenen Beispiele die Existenz von Kleinbauern „auf der Scheidelinie zwischen bäuerlicher Produktions- und Lebensweise und der gefährlichen/gefährdeten Freiheit von Lohnarbeitern und Lohnarbeiterinnen“ (178) als Teil einer im Prinzip globalen, flexibel nutzbaren Arbeiterschaft, indirekt subsumiert unter das Kapital, zu veranschaulichen. Er erklärt damit den Widerspruch, dass sie einerseits „überflüssig“ sind, andererseits weiter existieren, wenn auch meist nur als fungible Masse im Verwertungsprozess. Er demontiert damit zum einen die Vorstellungen einer „Subsistenzwirtschaft“ als politisch-utopischer Fluchtpunkt; zum anderen zeigt er die enormen Schwierigkeiten, politischen und wirtschaftlichen Widerstände und Machtverhältnisse auf, die den Weg zu einer solidarischen ländlichen Ökonomie behindern, die die vereinzelt und abhängigen Existenzen auffangen und stärken könnte. Als wesentlichen Beitrag dazu, die Vereinzelung und den „bäuerlichen Individualismus“ zu überwinden, sieht er die gemeinsamen Kämpfe um die Erhaltung

der Grundlagen für eine auf organischen Prinzipien beruhende Landwirtschaft – die Verteidigung ökologisch intakter Räume, den Erhalt der Wälder und der Flüsse gegen Staudammprojekte, Monokulturen und genetisch veränderte Anbauprodukte. Die Aufsatzsammlung trägt damit zur aktuellen Debatte über das scheinbar aus den Fugen geratene globale Agrarsystem bei. Wienold lenkt den Blick auf die Gefährdung der verbliebenen Nischen kleinbäuerlicher Landwirtschaft durch die Verlängerung der „Wertschöpfungsketten“ in der ländlichen Produktion – und setzt seine Hoffnungen auf die existenten Beispiele von Überlebensmöglichkeiten, neuen Produktions- und Lebensformen, Widerstand und solidarischem Neubeginn.

Uwe Hoering

Harald Welzer: *Klimakriege. Wofür im 21. Jahrhundert getötet wird*. Frankfurt a.M.: S. Fischer Verlag 2008, 335 Seiten

Knallrot sticht der Wortteil KLIMA auf dem Schutzumschlag des Buches ins Auge. Wer wollte es dem S. Fischer Verlag verdenken, wenn auch er Profit zu schlagen versucht aus der aktuellen Konjunktur des öffentlichen Interesses an „Ressourcenkonflikten“ und „Umweltkrisen“ und eben: „Klimakriegen“? Fraglich ist, ob der Autor, der in Essen und Duisburg tätige Sozialpsychologe Harald Welzer, mit diesem publikumswirksamen Auftritt einverstanden und glücklich ist. Denn Welzers Buch ist gerade deshalb wichtig, weil er sich durchweg gegen alltags- und politiktugliche, mono-kausale Vereinfachungen der (öko)sozialen Dynamik auf der Erde wendet. Hier eine Kostprobe seines

durchaus komplexen Denkens, eine der Leitthesen des Buches: „Der mit der Globalisierung von Modernisierungsprozessen wachsende Terrorismus wird durch klimabedingte Ungleichheit und Ungerechtigkeit legitimiert und verstärkt“ (271). Welzer setzt sich also einen äußerst weiten Rahmen für die Beschreibung und Analyse von (öko-)sozialen Krisen in der Welt. Er veranschaulicht sie durch verschiedenste Beispiele aus unterschiedlichen Gesellschaften und Zeiten, die er teils knapp, teils ausführlich schildert: die ökosoziale Katastrophe der Osterinseln; die Vernichtungspolitik der Nationalsozialisten gegenüber den Juden; die Wahrnehmung des Holocaust in der deutschen Bevölkerung (220-230); aktuellere Kriege, Konflikte und Genozide in Vietnam, Ruanda und Darfur (Sudan); den modernen (nämlich gleichzeitig transnational und individualistisch strukturierten) globalen Terrorismus; die Aufstände in den französischen Vorstädten im Jahre 2005; die Flüchtlingspolitiken der EU, der USA und Kanadas mit ihren Effekten der sozialen Ausgrenzung und der geographischen Auslagerung von Gewaltmaßnahmen (181-199); die andauernde Existenz fragiler Staaten und schwacher Regierungen in Ländern des Südens; die Allgegenwart von CCTV-Kameras in Großbritannien (232).

Der gedankliche Überbau oder besser: Überwurf, den Welzer für diese so unterschiedlichen Fälle konstruiert, hat die Form einer „rekursiv vernetzten“, „spannungsvollen Figuration“. Sie sieht etwa so aus: Die Welt unterliegt einem ungekannt und ungeahnt schnellen Wandel. Dessen Hauptkomponenten sind die Megaprozesse Modernisierung, Globalisierung und Klimawandel; zwischen

ihnen bestehen komplexe Wechselwirkungen. Dies verstärkt bestehende und schafft neue Disparitäten, sowohl in der Welt als auch in den Nationalstaaten. Die zunehmenden Asymmetrien (179) der Lebensbedingungen, das Auseinanderdriften der Bevölkerungen in Gewinner und Verlierer wird vor allem von Letzteren als Ungerechtigkeit empfunden (167). Dadurch wird die – latent immer vorhandene – Bereitschaft zu allen möglichen Formen der Gewalt in allen Gesellschaften immer häufiger virulent. Kriege, (bewaffnete) Konflikte und Terror nehmen an Zahl und Intensität zu. Politik (und Medien) bewerten diese Prozesse. Unter dem Eindruck der so vermittelten Wirklichkeit verändern sich die Werthorizonte (baselines) der Politiker und der breiten Bevölkerung. Auf diese Weise schaffen sie es einerseits, sich mit dem Wandel zu arrangieren. Andererseits aber erzeugen „gefühlte oder reale Bedrohungen von außen (...) ein tieferes Zusammengehörigkeitsgefühl nach innen“ und begünstigen „selbstreferentielle Orientierungssysteme“ (74), die wiederum Hintergrund und Anlass für (gewalttätige) Konflikte zwischen ethnischen, religiösen oder sektiererischen Gruppierungen sind. So treibt das „tödliche Modernisierungsgefälle“ (155) die desaströse Dynamik immer wieder neu an.

Wie Welzer selbst mehrfach zugibt und betont, ist dieser gedankliche Gesamtüberbau, den er im Buch in Bruchstücken konstruiert, keineswegs originell. Innovativ und anregend ist das Buch, wenn Welzer versucht, die komplexen Prozessabläufe mit einem Netz aus differenzierten sozialpsychologischen Argumentationsfäden aufzufangen. Alle Gesellschaften der Welt

seien zu allen Zeiten mit einer „Apokalypseblindheit“ (210) geschlagen, die Welzer wiederum auf verschiedene Ur-Sachen zurückführt: die ungleichen Tempi und Rhythmen der „schleichenden“ (209) Klimaveränderungen einerseits und den durch die Generationenabfolge beeinflussten menschlichen Wissenstraditionen andererseits; die Unübersichtlichkeit der Ursache-Wirkungs-Ketten; damit zusammenhängend die oftmals unvorhersehbaren Folgen allmählicher Veränderungen und akuter Extremzustände der ökologischen Systeme. Besondere Bedeutung misst Welzer dem Konzept der „gleitenden Referenzpunkte“ (*shifting baselines*) zu. So grauenvoll Geschehnisse auch ablaufen mögen: Menschen passen ihre moralischen Standards an die neuen Situationen schnell an; das gilt auch für die die krisenhaften Prozesse bestimmenden Akteurguppen.

Klimawandel, Klimakriege? In Welzers Worten und in einer Sichtweise, die er dem Werk des Ethnologen Georg Elwert entnimmt: Auf die „autokatalytische Dynamik der Entstehung und Ausfüllung gewalttätiger Räume“ wirkt der Klimawandel mit seinen ökologischen Folgen konfliktverschärfend ein (148, Hervorhebung HD). Die „Folgen des Klimawandels“ *berühren* „die bestehenden Balancen des geo-, macht- und ressourcenpolitischen internationalen Spannungsfeldes“ (157). Es gibt deshalb auch keine natürlichen Katastrophen, sondern nur soziale oder ökosoziale Katastrophen (cf. 207). Denn „(n)atürlich hat die Entstehung von Gewalt nur selten einen einzigen Grund“ (161). Und „(n)atürlich“, schreibt Welzer mit Bezug auf den Sudan, „gibt es neben dem ökologischen Desaster

eine Fülle weiterer Konfliktursachen, sogar so viele, dass einen die Versuche, historische Übersichten vorzulegen, *heillos verwirrt* zurücklassen.“ (25, Hervorhebung HD) Das ist auch eine Folge der Tatsache, dass „die Wirkungsketten zwischen Maßnahmen, Interventionen und Folgen länger werden und sich die Sichtbarkeit dessen, *was da eigentlich wie funktioniert*, verringert.“ (207, Hervorhebung HD) Diese offen zugegebene erkenntnislogische Hilflosigkeit dürfte nur wenig durch die von Welzer vorgeschlagene Forschungsstrategie abgeschwächt werden, „soziales Handeln nicht als Handlungskette (...) und auch nicht als Folge von Aktion und Reaktion (...), sondern als Entwicklung von Beziehungen“ (125) aufzufassen, wobei den letzteren „keine realistischen oder rationalen Bilder der Anderen und ihrer Handlungen zugrunde liegen (müssen).“ Wenig ist auch von Welzers ontologischer Grundprämisse zu erwarten, die er in dem konstruktivistischen Theorem von William Thomas fasst: „Wenn Menschen eine Situation für real halten, dann ist diese in ihren Folgen real“ (68). Am Ende kapituliert auch Welzer vor der Komplexität der beobachtbaren Welt, trotz mancher Versuche, sie durch etwas lässig skizzierte Klassifikationen von Konflikten oder sie in einer powerpointtauglichen Auflistung nummerierter Kurzsätze (247-249) zusammenzufassen. (Nota bene: Insgesamt hätte der wiederholungsreiche und nicht immer einsichtig angeordnete Text von einem sorgfältigeren Redigat sehr profitiert.)

Vor diesem Hintergrund überrascht, dass Welzer wiederholt scharfe und oftmals pauschale Kritik am Umgang der Kultur- und Geisteswissenschaften mit solchen ökosozialen Katastrophen

äußert. Das angebliche Fehlen einschlägiger theoretischer Ansätze führt er unter anderem darauf zurück, dass „Gewalt, wenn überhaupt, in nur sehr geringem Maß zur Erfahrungswelt der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler“ gehöre (127). Doch immer wieder entschärft er diese Kritik, indem er sich selbst bewusst auf die Schultern einflussreicher Sozial- und Kulturwissenschaftler stellt. Dazu gehört vor allem Zygmunt Bauman. Teils sehr bekannt gewordene einschlägige Beiträge zur Konflikt- und Kriegsthematik dienen als weitere Stützpfeiler seines Gedankengebäudes: die Arbeiten von Georg Elwert, Jared Diamond, Mary Kaldor und Herfried Münkler. Dass der Alarmismus, den Welzer mit seinen Hieben gegen „die“ Kultur- und Geisteswissenschaften verbreitet, keineswegs gerechtfertigt ist, würde sich noch deutlicher zeigen, wenn man ältere thematisch einschlägige Werke hinzunähme, auf die Welzer nicht eingeht. Dazu gehören etwa die umfassenden theoretischen Überlegungen von Walter L. Bühl oder das eher auf Anwendung angelegte Werk von Frederic Vester. Philipp Reemtsmas nach Fertigstellung von Welzers Manuskript erschienenes Werk ist ein weiteres Beispiel. Auch wäre – in einem derart ehrgeizigen Gedankenentwurf, wie er Welzer vorschwebt – die lange Tradition ethnologischer Umweltforschungen noch stärker zu berücksichtigen. Zahllose Beiträge zu wissenschaftlichen Zeitschriften wie *Disaster* oder *Journal of Humanitarian Affairs* und erst recht die zumeist von internationalen NGOs verfassten, auf intensiven Feldforschungen basierenden Monographien über Zwangsmigrationen und ethnische Säuberungen würden zeigen, dass

Welzer seine pauschale Kritik an der wissenschaftlichen Durchdringung von Extrem- und Krisenereignissen deutlich überzieht.

In den beiden Schlusskapiteln seines Buches, die mögliche Gegenmaßnahmen behandeln, lässt Welzer nur ab und an ein wenig Hoffnung aufkommen. Das liegt auch an seinem eher skeptisch-pessimistischen Menschenbild; Kronzeugen dafür sind ihm die Dichter Joseph Conrad und Winfried G. Sebald. Jedenfalls reichen, so Welzer, die Prozeduren und Instrumente, die in der Tradition der Aufklärung erdacht und angewandt wurden, nicht aus, um die aktuellen und künftig absehbaren Gewaltkonfigurationen zu entschärfen oder gar zu beseitigen. Das gelänge nur in einem „kulturellen Projekt der guten Gesellschaft“ (271), mittels einer „bewussten Strategie reflexiver Modernisierung“, einer „dritten Moderne“ (ebd.), die Welzer in einer Fußnote zu Recht mit „schönen Grüßen an Ulrich Beck“ in Erinnerung ruft. Dies wäre eine Gesellschaft, in der Entscheidungen zuerst nach dem Prinzip der Reversibilität ihrer Folgen getroffen würden und in der „eine ganz neue Kultur der Partizipation“ (272) herrschte. Dies aber, so Welzer, entspräche ausdrücklich *nicht* dem „visionäre(n) Haushalt der westlichen Länder“ (268). Dass ökologische und gesellschaftliche Entspannungspolitik sich dennoch durchsetzen kann, zeigt Welzer an vier Kurzbeispielen, ohne dabei den Klimawandel als Einflussfaktor auch nur zu erwähnen. Nicht zufällig stammen alle Beispiele aus relativ stabilen und ökonomisch gut gestellten Nationalstaaten: Die Regelung des Nahverkehrssystems in der Schweiz; Norwegens nachhaltiger Einsatz volkswirtschaftlichen

Reichtums; Estlands Entscheidung, den kostenlosen Internetzugang für alle Bürger zum Grundrecht zu erklären, und Deutschlands Weigerung, sich am Irakkrieg zu beteiligen. (264-265)

Welzer belässt es bei diesen Hoffnungssplintern. Die Frage, „welche gesellschaftlichen Gruppen oder Einzelpersonen eigentlich größere Chancen haben, ihre Interessen durchzusetzen“ (267), lässt er unbeantwortet. Unbestimmt bleibt damit auch, ob und – wenn überhaupt – welche Gruppen oder Individuen ihre Referenzpunkte so verschieben, dass sie die Folgen des Klimawandels tatsächlich als „bedrohlich für die eigene Existenz interpretieren“ und deshalb zu „radikalen Lösungen (neigen), an die sie *vorher nie gedacht* haben“ (276, Hervorhebung i.O.). Die Hoffnung, der „Klimawandel“ (Welzers Anführungszeichen) „könnte ein starting point für einen grundlegenden kulturellen Wandel“ (272) der Weltgesellschaft sein, macht er im letzten Absatz seines großen Essays zunichte. Danach wird „die Aufklärung“ scheitern an der Dialektik zwischen den Grundsätzen des „aufgeklärten Westens“ und der auch durch sie immer wieder neu aufkommenden „Gegengeschichte der Unfreiheit, Unterdrückung und Gegen-aufklärung“. Dass im abschließenden Satz dann noch einmal irgendwie die „Zukunft der Klimafolgen“ untergebracht wird, entspricht wieder eher der eingangs genannten verlegerischen Logik, weniger der Substanz der Buches. Diese Substanz besteht in einer großen Anregung zu gründlichem Nach-Denken und einer Aufforderung zum Weiter-Erklären.

Heiner Dürr

Literatur

Bühl, Walter L. (1983): *Die Angst des Menschen vor der Technik. Alternativen*

im technologischen Wandel. Düsseldorf/Wien.

Reemtsma, Jan Ph. (2008): *Vertrauen und Gewalt. Versuch über eine besondere Konstellation der Moderne*. Hamburg.

Vester, Frederic (1999): *Die Kunst vernetzt zu denken. Ideen und Werkzeuge für einen neuen Umgang mit Komplexität*. Stuttgart.

Joachim Becker & Rudy Weissenbacher (Hg.): *Dollarization, Euroization and Financial Instability*. Marburg: Metropolis Verlag 2007, 280 Seiten

Die US-Subprime Krise erschüttert Finanzmärkte im Zentrum. Bislang scheint die Peripherie davon überraschender Weise wenig betroffen. Wird das auch so bleiben? Welche Strategien können dies eventuell verhindern? Warum und wo werden diese durchgesetzt oder auch nicht? Fragen, die der vorliegende Sammelband von *Joachim Becker und Rudy Weissenbacher* in ungewöhnlicher Weise nachgeht. Das Buch ist damit in dreifacher Hinsicht bemerkenswert: Erstens fokussiert es auf die Zentral- und Südosteuropäische Peripherie, vergleicht die Entwicklungen jedoch mit den Erfahrungen der jüngsten Finanzkrisen in Lateinamerika. Dabei zeigt sich deutlich, dass heute Länder der europäischen Peripherie ähnliche ökonomische und finanzielle Strukturen aufweisen, wie viele lateinamerikanische Länder vor dem Ausbruch der Krise Ende der 1990er Jahre und in den ersten Jahren dieses Jahrhunderts. Vielfach sind die strukturellen Ungleichgewichte in Osteuropa sogar noch stärker ausgeprägt.

Zweitens überrascht die historische Tiefe. Üblicher Weise beschränkt sich die Diskussion von finanzieller Insta-

bilität in der Peripherie auf die jüngere Vergangenheit. Nicht so in diesem Buch. Weissenbacher spannt in seinem Beitrag einen weiten historischen Bogen. Er weist dabei darauf hin, dass die Unterschiede zwischen Zentrum und Peripherie – und damit auch die unterschiedliche Einbettung in internationale Finanzzusammenhänge – tiefe historische Wurzeln haben. Ein wichtiger Unterschied zeigt sich in einer schon bis ins Mittelalter zurückreichenden Verschiedenheit der sozioökonomischen Struktur in Ost und West, die mit einer untergeordneten Einbindung in die westeuropäische Entwicklung einherging. Seit Ende des Realsozialismus haben sich die Zentrum-Peripherie-Beziehungen auf ökonomischer und politischer Ebene wieder verstärkt akzentuiert. Dies manifestiert sich in einer Verschiebung hin zu ausländischem Eigentum im Unternehmenssektor im Allgemeinen und im Finanzsektor im Besonderen. Dies bildet auch die Grundstruktur für sich aufbauende finanzielle Instabilitäten und potenzielle Krisen, deren Kosten wohl primär wieder von den peripheren Staaten getragen werden müssen.

Drittens vereint der Band AutorInnen aus der südosteuropäischen und der lateinamerikanischen Peripherie. Diese Sichtweisen und Einschätzungen „von innen“ resultieren in fundierten Einschätzungen darüber, wie Strategien von lokalen und internationalen AkteurInnen aufeinandertreffen und welche Konsequenzen zukünftig zu erwarten sind. *László Andor* führt etwa deutlich aus, dass die Bestrebungen Ungarns dem Euro-Raum beizutreten nur Lippenbekenntnisse sind. Hinter der Fassade wird versucht den Euro-Beitritt hinauszuzögern und es werden

alternative währungspolitische Modelle zum Euro angedacht, da dadurch mehr wirtschaftspolitische Spielräume und Stabilität erhofft werden. Anders ist die Situation in den baltischen Staaten, allen voran Lettland, die sich angesichts spektakulärer Ungleichgewichte in der Zahlungsbilanz durch eine Übernahme des Euros vor einer drohenden Währungskrise retten wollen. Dabei steht die Europäische Zentralbank jedoch auf der Bremse. Den finanziellen Schief lagen wird von internationalen Banken und FinanzinvestorInnen bislang jedoch vergleichsweise wenig Bedeutung beigemessen. Sie hoffen, dass die EU im Krisenfall intervenieren und damit die Auswirkungen abmildern bzw. Verluste sozialisieren würde.

Besonders spannend ist auch die von Becker eingebrachte vergleichende Perspektive und die aus den Beiträgen gezogene Schlussfolgerung. Er erläutert die Probleme der Dollarisierung in Lateinamerika bzw. Euroisierung in Teilen Zentral- und Osteuropas. Werden nämlich im Inland Schulden in Dollar oder Euro indexiert und auch inländische Preise wie etwa Mieten, in ausländischer Währung festgelegt, so kann eine Abwertung im Zuge einer Finanzkrise besonders schwerwiegende Auswirkungen haben. Es geht daher nicht nur um die Frage, ob oder wann der Euro eingeführt wird, sondern inwieweit die Geltung der nationalen Währungsnorm durchgesetzt werden kann. Dies ist für die Frage finanzieller Instabilität und möglicher Gegenstrategien von zentraler Bedeutung.

Johannes Jäger

Komitee für Grundrechte und Demokratie (Hg.): Jahrbuch 2007. Menschenrechte und Völkerrecht. Münster: Westfälisches Dampfboot 2007. 256 Seiten

Nach dem Umzug aus dem Sensbachtal nach Köln ist das Komitee für Grundrechte und Demokratie nun auch an Bord des Dampfboots gekommen. Daher, auch vor dem Hintergrund der Erfahrung der *PERIPHERIE: welcome to the crowd!* Das gilt erst recht, weil der vorliegende Band mit seinem Schwerpunkt zentrale Fragen aufgreift, die uns immer wieder beschäftigen müssen und wahrhaftig nur aus globaler Perspektive zu diskutieren, geschweige denn zu lösen sind. Wie die Beiträge jedoch zugleich sehr deutlich machen, bedeutet dies keineswegs, dass die Auseinandersetzung mit der Politik der Nationalstaaten, vorab des jeweils „eigenen“ Staates, obsolet wäre. Die drei Skandale, die sicher nicht überraschend gleichsam die Fluchtpunkte sowohl des Schwerpunktteils als auch eines Gutteils der rund 70 Seiten umfassenden Dokumentation von Aktionen und Debatten bilden, belegen dies zweifelsfrei: Es geht immer wieder um den Kosovo-Krieg 1999 und den Irak-Krieg 2003 sowie hier insbesondere um die logistische Unterstützung durch Deutschland, sowie weiter um die Politik der EU und Deutschlands zur Abwehr von Flüchtlingen, zumal aus Afrika. Die Spannung zwischen Völkerrecht und Menschenrechten wird ferner auch unter Bezug auf den Afghanistan-Krieg und die Darfur-Krise diskutiert.

Will man die meisten der hier vorgetragenen Gesichtspunkte auf einen Nenner bringen, so handeln die vorwiegend juristisch, daneben auch poli-

tikwissenschaftlich argumentierenden Beiträge letztlich von der Dynamik, die dadurch in Gang gesetzt wurde, dass ein vor allem nach dem 11. September 2001 verstärkter Sicherheitsdiskurs Definitionsmacht darüber gewann, was völkerrechtlich als vertretbar gilt und ausgegeben wird und wie in diesem Kontext ebenso wie im etwas älteren Diskurs der humanitären Intervention Menschenrechtspolitik staatlicherseits betrieben wird. Wie sich aus den „Sokratischen Fragen“ erschließt, die *Wolf-Dieter Narr* und *Roland Roth* zum Beschluss des Themenschwerpunktes zu „Menschen – Recht – Gewalt – Frieden“ uns und sich stellen, kann ein grundsätzlicher Gegensatz in der Auffassung der Menschenrechte gleichsam als Hebel betrachtet werden, der nicht allein die Problematik erschließt, sondern auch strategisch zur Herstellung von (Schein-)Legitimität für Intervention und Kriegführung dient. Die wahrhaftig strategische Unterscheidung betrifft einerseits die abstrakte Auffassung von Menschenrechten, zu deren staatlich veranstalteten und in erster Linie formalen Durchsetzung Kollateralschäden gegebenenfalls in Kauf zu nehmen sind, sowie andererseits das unermüdliche Insistieren darauf, dass Menschenrechte nur in konkreter Form real sein können und dass sie daher immer auf die einzelne Person bezogen sind. Ferner enthalten Menschenrechte aus dieser Perspektive unverzichtbar eine materielle Dimension, worauf bekanntlich die Einheit der Menschenrechte ebenfalls nachdrücklich verweist. Hier aber wird zudem deutlich, dass die Verteidigung konkreter Menschenrechte immer die herrschaftskritische Option für die Erniedrigten und Beleidigten enthält. Auch deshalb ist

die Durchsetzung von Menschenrechten realistisch nicht als punktueller Akt, gar in Form einer „chirurgischen“ Militäroperation zu denken, sondern allein als prinzipiell nicht abschließbarer Prozess gesellschaftlicher und politischer Auseinandersetzungen und Kämpfe.

Auf der Ebene praktischen politischen Eingreifens wenigstens ist damit freilich keine Lösung angegeben, sondern ein Problem benannt, das im vorliegenden Kontext bestimmbar ist als Verhältnis von Völkerrecht zu Menschenrechten. Denn einerseits steht mit dem Aufschwung von Interventionspolitik und der Wiederkehr des Präventivkriegs nach 9/11, wie *Norman Paech* erinnert, die unter der Ägide der UN einmalig verstärkte „progressive Kodifizierung“ (40) der internationalen Beziehungen und damit „die einzige Waffe des ganz Machtlosen“ (Carlo Schmid, zit. 41) auf dem Spiel. Zum anderen erweist sich aber die Fixierung des Völkerrechtes auf die souveränen Staaten, die „völkerrechtliche Nichtexistenz“ des Individuums (41) ebenso als Schranke wie der Umstand, dass „Menschenrechte in den nationalen Staatsbürgerrechten eingekapselt bleiben, wo sie verdorren“ (129), den *Dirk Vogelsang* am Ende seines erschütternden Berichtes über das im genauen Sinne mörderische Grenzregime beklagt, mit dem die EU sich gegen Flüchtlinge und Migranten zumal aus Afrika immer stärker und rücksichtsloser abschottet. Hier geht es im Prinzip um dieselbe begriffliche Operation, wie bei der Rechtfertigung militärischer Intervention: Die durch staatliche Souveränität zur materiellen Gewalt prädestinierte, durch ihre Verteidigung und die damit motivierten Interessen legitimierte Definition von

Sicherheitsrisiken – seien dies nun Staaten, „Terroristen“ oder wie im Fall von Flüchtlingen einzelne, freilich zur „Welle“ aggregierte und naturalisierte Menschen – schafft die argumentativen Grundlagen für den bisher durchaus erfolgreichen Versuch, ein Vorgehen öffentlich zu rechtfertigen, das Menschenrechte konkret auf systematische Weise verletzt, während es sich wo nötig abstrakt auf sie beruft.

Die Staatsräson geht freilich noch weiter, wie *Eckart Spoo* anhand der erfolglosen Klage von Einwohnern der kleinen serbischen Stadt Vavarin zeigt, die am Pfingstsonntag 1999 Opfer eines auch militärstrategisch kaum zu rechtfertigenden Luftangriffs der NATO wurden: Ganz offiziell werden Schadensersatzansprüche auf das Hoheitsgebiet der Vertragsstaaten der Europäischen Menschenrechtskonvention eingeschränkt und darüber hinaus von der „wirtschaftliche(n) Leistungs- und Entwicklungsfähigkeit“ der Bundesrepublik abhängig gemacht – schlechte Nachrichten für die „künftigen Opfer der Bundeswehr in Afrika, Nahost oder am Hindukusch“ (74), zugleich aber auch eine Rechtskonstruktion, die zeigt, wie die Schotten etwa gegenüber Kompensationsansprüchen für deutsche und europäische Kolonialherrschaft ein für allemal dicht gemacht werden könnten. Zu fragen bleibt, wie sich solcher staatlicher Zynismus mit der Einsicht vertragen soll, dass nicht zuletzt die zunehmende globale Ungleichheit und, mehr noch, die Wahrnehmung eines Mangels an Gerechtigkeit weltweit konfliktverschärfend wirken.

In diesen Kontext gehört bekanntlich der Umbau der Bundeswehr zu

einer global agierenden Eingreifarmee, ungeachtet der Fragwürdigkeit und Brüchigkeit seiner verfassungsrechtlichen Grundlagen, von politischer Verantwortung einmal ganz abgesehen. *Andreas Buro* erinnert in diesem Sinne an den Umbau der NATO nach dem Ende der Blockkonfrontation, an die Marginalisierung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und an die Durchsetzung der militärisch-politischen Führungsrolle der NATO auch gegenüber den UN, wobei der Kosovo-Krieg und die „Instrumentalisierung der Menschenrechte“ (67) eine entscheidende Rolle spielten. *Martin Kutscha* zerpfückt das Weißbuch zur Zukunft der Bundeswehr von 2006, das letztlich zur neuerlichen Anerkennung der „Vorstellung vom ‘gerechten Krieg’“ (81) ebenso beiträgt, wie es diese in den Rahmen einer „je nach politischer Opportunität definierte(n) Aufgabe der ‘Konfliktverhütung und Krisenbewältigung’“ (83) stellt, wenn zu Gefährdungen der nationalen Sicherheit etwa auch Risiken bei der Rohstoffversorgung der deutschen Wirtschaft gerechnet werden. Zugleich weicht, wie *Kristina Bautze* darlegt, die „Weiterentwicklung“ des in der UN-Charta nur hilfsweise und als vorübergehender Notbehelf aufgeführten Selbstverteidigungsrechts das bestehende Völkerrechts einschließlich des prinzipiellen Gewaltverbots, das als zentrale Errungenschaft bei der Gründung der UN anzusehen ist, bis zur Unkenntlichkeit auf. Auf geradezu schockierende Weise ernüchternd zumal für auch in diesem Band dokumentierte Initiativen der Friedensbewegung muss dann die Auskunft von *Wolfgang Kaleck* wirken, dass nach deutschem Recht,

zwar die *Vorbereitung* eines Angriffskrieges mit schweren Strafen bedroht ist, nicht aber die *Beihilfe* wie im Fall des Irak-Krieges ab 2003 oder gar die *Beteiligung* an einem bereits laufenden Angriffskrieg – dieser gesetzgeberische Lapsus ermöglichte 2003 und danach die Zurückweisung aller gegen Schröder, Fischer & Co. eingereichten Klagen.

Wie auch *Narr* und *Roth* vermerken, fällt der einzige Beitrag, der sich explizit mit dem globalen Süden befasst, auf irritierende Weise aus dem argumentativen Rahmen dieses Bandes. *Rainer Tetzlaff* bietet zwar einen bündigen Überblick über die Darfur-Krise und führt auch gute Gründe an, den Interventionsgelüsten des aktuellen Bundesverteidigungsministers mit allem Nachdruck entgegenzutreten. Er mobilisiert dazu aber einen begrifflichen und konzeptionellen Apparat, der zumindest Gefahr läuft, einige wesentliche der anderswo in diesem Band überzeugend kritisierten Fehlleistungen gerade zu reproduzieren. Das gilt vor allem für die Rede von den „failing states“ (136ff; zur Kritik s. auch Gerhard Hauck in *PERIPHERIE* 96). Wer meint, diese seien etwa durch „massivste Menschenrechtsverletzungen“ charakterisierbar (137), möge doch gelegentlich an die eigene Geschichte vor 70 Jahren denken. Als Staat funktionierte die Nazi Herrschaft schließlich nur allzu gut. Ernster noch ist die Unterstellung einer „Regression“, zudem noch auf „den Naturzustand hobbesianischer Dimension“ (139): Können wir wirklich Staatsformen noch immer oder schon wieder in einer normativ aufgeladenen evolutionären Perspektive verorten, und hat nicht vor nunmehr 240 Jahren Adam Ferguson, einer der viel zu wenig beach-

teten Urväter der Soziologie, bereits auf die Geschichtslosigkeit der Rede vom Naturzustand verwiesen, der schließlich selbst bei Hobbes nicht Realität, sondern Modellannahme ist? Das soll keineswegs die Probleme verniedlichen, auf die Tetzlaff hinweist, wohl aber seine Ursachenforschung in Zweifel ziehen, wenn wir etwa lesen, „die durch den Kolonialismus einst produzierte asymmetrische strukturelle Abhängigkeit der afrikanischen Volkswirtschaften von Weltmärkten“ habe sich „als ziemlich robust erwiesen“ (136). Ein Blick in die Tagespresse zur Doha-Runde oder der Problematik der EU-Agrarmärkte hätte Tetzlaff von solch einer Aussage abhalten müssen – oder auch der Rückgriff auf eigene ältere Arbeiten. Aussichtsreicher wäre es eventuell gewesen, die in diesem Band enthaltenen Überlegungen zur Kritik, d.h. hier in erster Linie zur sorgfältigen Problematisierung des Konzeptes staatlicher Souveränität und seiner Konsequenzen, etwa für das Funktionieren der Vereinten Nationen oder für das Selbstbestimmungsrecht der Völker, hier durch notwendige weitere Dimensionen zu ergänzen.

Insgesamt bietet dieser Band eine Menge Ansatzpunkte zum Weiterdenken, wozu das Streiten ja unverzichtbar gehört. Er ist eindeutig nicht als akademische Übung konzipiert, kann auch praktische politische Interventionen anleiten, was insgesamt dem Niveau in keiner Weise abträglich ist, im Gegenteil. Man darf auf die Folgebände gespannt sein.

Reinhart Kößler

Helga Dickow, Eldred Masunungure & Beatrice Schlee: *Zimbabwe: A case of resilient authoritarianism, Citizens' attitudes, leaders' opinions, and conjectures on a democratic transition*. Letters from Byblos, Nr. 15. Byblos: International Centre for Human Sciences 2007, 143 Seiten

Der politische und wirtschaftliche Niedergang Simbabwe gerät immer wieder in die Schlagzeilen. Seit den Besetzungen und Enteignungen weißer Farmen, die im Jahr 2000 nach einer erfolglosen Volksbefragung über einen neuen Verfassungsentwurf begannen, nimmt die Entwicklung immer dramatischere Formen an. Wiederholt gingen Polizei und Geheimdienst mit aller Härte gegen die Demokratiebewegung vor und räumten im Jahr 2005 kurzerhand ganze Wohngebiete. Systematisch höhlen neue Gesetze die Versammlungs-, Presse- und Meinungsfreiheit aus. Zudem behindern und kriminalisieren sie gezielt Nicht-Regierungsorganisationen, die für Menschenrechte eintreten. Eine galoppierende Hyperinflation, massive Korruption, sehr hohe Arbeitslosigkeit und gravierende Versorgungsengpässe bringen große Bevölkerungsgruppen in Existenznot; deren Problemlage durch die sich rasant ausweitende HIV/AIDS-Pandemie verstärkt wird.

In diese Kontexte ist die vorliegende Publikation einzuordnen, die aus ganz unterschiedlichen Perspektiven die Hintergründe der komplexen Problemlage beleuchtet. *Helga Dickow*, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Arnold Bergstraesser Institut, Freiburg, präsentiert in einem Beitrag Ergebnisse ihrer Interviews mit politischen Ent-

scheidungsträgern, Oppositionellen und Intellektuellen. Mehrheitlich werden sie nicht namentlich genannt, um sie vor Verfolgungen zu schützen. Indem die Autorin mit ausführlichen Zitaten die Positionen ihrer Interviewpartner dokumentiert, illustriert sie eindrücklich, wie differenziert und mit welcher analytischen Schärfe diese die Problemlage des Landes einschätzen. Ansatzweise kommen dabei auch gravierende Machtkämpfe innerhalb der Regierungspartei sowie strukturelle Konflikte in der gespaltenen Opposition zur Sprache.

In einem zweiten Artikel stellt die Freiburger Politologin Ergebnisse einer Meinungsumfrage vor, die das in Harare ansässige Mass Public Opinion Institute Ende 2005 in verschiedenen Landesteilen durchführte. Hierbei wurden 1012 Menschen unterschiedlichen Alters und unterschiedlicher Herkunft nach ihrer politischen Meinung, ihren Erfahrungen mit staatlichen Institutionen, ihrer Einstellung zu Religion und Ethnizität, ihrer Wahrnehmung der sozio-ökonomischen Entwicklung und ihren Zukunftsperspektiven befragt. Die Ergebnisse spiegeln Grundstrukturen der simbabwischen Gesellschaft, wie die hohe Toleranz trotz ethnischer und religiöser Unterschiede, die Wertschätzung der gesellschaftlichen Pluralität, Solidarität und die tiefe Verankerung demokratischer Werte wider.

Das Festhalten an diesen Grundwerten ist beachtlich, denn gleichzeitig wird deutlich, dass die systematische Durchsetzung der simbabwischen Zivilgesellschaft mit Spitzeln sowie die massive Repression während der letzten Jahre Ohnmacht und Angst schürten. Mugabe hat also sein Ziel erreicht, nicht nur seine Kritiker zu terrorisieren,

sondern große Teile seiner eigenen Bevölkerung so zu verunsichern, dass viele, die zuvor mit Tatkraft an der Entwicklung des Landes mitwirkten, sich eingeschüchtert und resigniert zurückziehen. Immer mehr Menschen fühlen sich machtlos, ihre Situation zu verbessern und sind mit dem mühsamen alltäglichen Überlebenskampf beschäftigt. Auch Vertreter der gut ausgebildeten und kritischen Mittelschicht geraten nun in die lähmende Armutsfalle. Um so beachtlicher ist die Hoffnung, dass ein friedlicher Wechsel auch das ökonomische Desaster beenden wird.

Die Zukunftsperspektiven und die politischen Strukturen seines Landes stehen auch im Mittelpunkt des Aufsatzes von *Eldred Masunungure*, dem Direktor des Mass Opinion Institutes. Er kritisiert den pan-afrikanistischen und anti-imperialistischen Diskurs, den die Regierung zur Unterbindung jeglicher Kritik instrumentalisiert. Gleichzeitig prangert er das Lagerdenken in der gespaltenen Opposition an. Seine Analyse zeigt die Strukturen der gegenwärtigen verfahrenen Problemlage auf, dazu zählt er insbesondere den Aufbau eines Einparteienstaates unter Mugabe und die absolute Dominanz der ZANU/PF in allen politischen Gremien. Daneben listet er viele außen- und innenpolitische Entscheidungen auf, die allein dem Machterhalt bzw. der Machterweiterung des autokratischen Präsidenten dienen. Politische Gewalt kommt demnach keineswegs nur im Vorfeld von Wahlen zum Einsatz, sondern ist vielmehr ein zentrales Element zur Kontrolle über Ressourcen und deren Verteilung. Zudem habe Mugabe immer versucht, die Gesellschaft zu spalten, wobei er Ethnizität zum Exklusionsfaktor erkor.

Masunungure gibt zu bedenken, dass diese Politisierung von Ethnizität hoch problematisch sei, wenngleich die Opposition keineswegs entlang ethnischer Einteilungen agiere. Auch den Nachfolgestreit und Fraktionskämpfe innerhalb der Regierungspartei bezieht er in seine Analyse ein. Masunungure gibt zu bedenken, dass die Frustration der Bevölkerung über die Versorgungsnot, die Misswirtschaft und Willkürherrschaft ein Gefahrenpotential für den sozialen Frieden darstellt. Seine eher skeptischen Prognosen für die weitere Entwicklung des Landes konzentrieren sich auf innerstaatliche Prozesse, beziehen aber auch die Rolle der südafrikanischen Regierung und der SADC ein.

Noch stärker akzentuiert *Beatrice Schlee*, die knapp drei Jahre lang das Büro der Konrad-Adenauer-Stiftung in Harare leitete, die Rolle der Regionalmächte: Zimbabwe sei ein Testfall für Forderungen und Selbstverpflichtungen nach einer guten Regierungsführung. Solange diese äußeren Kräfte zögerten, könnte man von der Bevölkerung des Landes keine Massenproteste erwarten. Zivilgesellschaftliches Engagement sei gefährlich, sogar kirchliche Gruppen würden infiltriert, um Spaltungen herbeizuführen. Schlee betont, dass man im Fall Simbabwes keineswegs von einem schwachen Staat sprechen könne. Vielmehr sichere der Präsident mit seiner ausgeklügelten klientelistischen Politik seine Alleinherrschaft.

Auch wenn die Autoren aus ganz unterschiedlichen Positionen die Probleme betrachten, ist ihre differenzierte Analyse von der gemeinsamen Sorge um die Entwicklung des Landes getragen. Eldred Masunungure gibt zu bedenken, dass sein Land sich in einer drama-

tischen Umbruchphase befinde. Ob und wie die Entwicklung weiter geht, hängt insbesondere von den simbabwischen Machthabern ab.

Rita Schäfer

Louise Richardson: *Was Terroristen wollen. Die Ursachen der Gewalt und wie wir sie bekämpfen können*. Frankfurt a.M. u. New York: Campus Verlag, 2007. 381 Seiten

Um es vorweg zu sagen – das Buch ist eindrucksvoll und eines der wichtigeren zum Thema Terroristen und Terror in letzter Zeit. Hier schreibt eine Expertin, die diese Bezeichnung verdient hat, was ihre Analyse der Hintergründe des Terrors, seiner Gründe und Strukturen angeht. Leider gibt es einzelne Punkte, die, ohne die Qualität des Buches als Ganzes zu mindern, Kritik herausfordern. Das Ärgernis liegt dabei nicht bei der Autorin, sondern bei den Herausgebern der deutschen Ausgabe, die in ihrer Übersetzung des Titels eine Erwartung wecken, die so nicht eingelöst wird. Von den Ursachen der Gewalt wird im Buch eigentlich nicht gesprochen, so wie es der Titel vermuten lässt. Der Originaltitel ist „What terrorists want. Understanding the enemy, containing the threat“ – und genau um dieses Verstehen geht es im Buch, nicht um die Ursachen von Gewalt als solcher, und schon gar nicht um das Phänomen der Gewalt selbst.

Das Verdienst von Richardson ist, sich genau darauf zu konzentrieren und Vorschläge zu skizzieren, wie künftig Fehler im Umgang mit Terroristen vermieden werden können – ohne sich dabei auf den Typus des islamistischen Terroristen zu beschränken. Dass es bei

der argumentativen Herleitung dieser Prämissen im Buch durch die detailreichen Ausführungen des Öfteren zu Wiederholungen kommt, muss dabei in Kauf genommen werden – abträglich ist es der Lektüre auf keinen Fall.

Das Buch gliedert sich in zwei sehr unterschiedliche Teile: „die Terroristen“ und „die Antiterroristen“. Während sich der zweite Teil schwerpunktmäßig mit den Strategien beschäftigt, dem Terror zu begegnen und der Frage nachgeht, was können wir tun bzw. was haben wir im Kampf gegen den Terror unterlassen, setzt der erste Teil dort an, wo sonst eher wenige Analysen beginnen: bei den Terroristen selbst. Richardson macht dabei gleich zu Beginn deutlich, dass eine Beschäftigung mit Terrorismus und seinen Akteuren, keine Apologie des Terrors bedeutet, wie es in der politischen Diskussion indirekt und auch offen schon angeführt wurde. Es gehört zum Wesen einer gründlichen Analyse, die mehr als nur das Wiedergeben von Allgemeinplätzen von so genannten Experten ist, dass das Phänomen des Terrorismus und seine Protagonisten nicht verstanden werden können, wenn man sich nicht auch mit ihnen selbst auseinandersetzt – auch persönlich und mit ihren ganz eigenen Geschichten und Beweggründen (15ff).

Die fünf Kapitel des ersten Teils gehen Stück für Stück genau dieser Frage nach – was macht Menschen zu Terroristen, gibt es Muster und wenn ja, welche? Die Überschriften wirken dabei nur scheinbar wie naive Fragen – u.a. „Was ist Terrorismus?“, „Wo kommen Terroristen her?“ – dabei scheint genau ihre Beantwortung in den hitzigen Debatten und politischen Schnellschuss-Analysen all zu oft übergegangen. Auch wenn

der Anlass des Buches der Terrorismus islamistischer Prägung ist, mit dem Kulminationspunkt des 11. Septembers 2001 und seinen Folgen, so entfaltet Richardson ihre Analyse anhand von terroristischen Gruppen quer über den Globus, von der deutschen RAF, über die (nord)irische IRA bis hin zum peruanischen Leuchtenden Pfad und natürlich Al Quaida. Genau das macht ihre Ausführungen so interessant, dicht und wertvoll. Das wichtigste Kapitel des ersten Teils ist nur aufgrund dieser dichten Vergleiche möglich. In „Die drei Rs: Rache, Ruhm, Reaktion“ versucht sie eine Typologie sekundärer Merkmale aufzustellen, die sich mehr oder weniger in allen Formen des Terrors wiederfinden lassen. Die sekundären Ziele sind es, so Richardson, die den Anschein erwecken, Terrorismus würde funktionieren. Im Gegensatz zu den primären Zielen einer beliebigen Gruppe – Sturz des Kapitalismus, Autonomie, Landgewinn – sind es eben jene sekundären Ziele, über die eine Motivation der Terroristen überhaupt erst erklärt werden kann. Die langfristigen, grundlegenden Ziele sind oft so weit entfernt, dass sie als dauerhafte Motivation nicht unbedingt immer wirksam sein können. Zu den sekundären Zielen gehören Rache, Öffentlichkeit herstellen, Unruhe stiften, Zugeständnisse erreichen, Regressionen provozieren, Stärke zeigen. Gemeinsam ist diesen Faktoren, dass sie erreicht werden können, während die eigentlich für die Legitimation einer Organisation benötigten Ziele häufig unerreichbar scheinen oder zumindest eher als auf eine oftmals unbestimmte Zukunft gerichtet angesehen werden.

Hervorzuheben ist das von ihr behandelte Phänomen der Rache, welches

Gewalt für Terrororganisationen überhaupt erst möglich macht. Denn in ihren Selbstverständnis sind sie reagierende Organisationen, die den Kampf, den niemand gewollt hat, führen müssen, weil sie nicht anders können. Rache, oft auch verkleidet als Verteidigung, ist essentiell und Richardson nimmt dem Terrorismus seinen glorifizierenden Nimbus, in dem sie die doch sehr offenkundigen Strukturen, die sich auch rhetorisch nicht leugnen lassen, offenlegt: Rache ist Gewalt und muss als solche analysiert werden, denn sie ist ein wichtiger Beweggrund, auch wenn über sie die stattfindende Gewalt von ihren Verursachern verharmlost wird.

Eindrucksvoll ist ebenfalls das Kapitel zu der Frage, warum sich Terroristen selbst töten. Es ist eine historische, psychologische und soziologische Analyse des Phänomens des Selbstmordattentats, welches eben nicht im Islam begründet ist, sondern in der Psychologie und Logik des Terrors und der Terrororganisationen – zumal die meisten Selbstmordattentate von Freiwilligen der Tamil Tigers begangen wurden und nicht von islamisch-gläubigen Terroristen. Richardson analysiert die Varianten von Terrorakten, bei denen eine Selbsttötung Teil des Gewaltaktes ist und zeigt die Rationalität hinter dieser „Spielart“ des Terrorismus – die sich nämlich nicht auf eine bestimmte Religiosität zurückführen lässt, sondern ihre Begründung u.a. auch innerhalb der drei „Rs“ findet, vornehmlich Rache, aber eben auch Ruhm und Öffentlichkeit. Letztlich ist es aber auch ein effektives Instrument eines schwachen Kämpfers gegen einen übermächtigen Gegner, diesen empfindlich zu treffen und erfolgreich zu sein.

Der zweite, kürzere Teil des Buches analysiert das Thema auf einer anderen Ebene, nämlich teils praktisch und teils ausgesprochen politisch. Leitend ist für sie dabei die Frage: „Was haben wir falsch gemacht“ und „Was können wir jetzt tun“. Ihre Antworten sind so einfach wie erschreckend einleuchtend und wahrscheinlich all denen nichts Neues, die sich mit diesem Thema ohnehin befassen. Da dieses Buch aber auch auf ein „nur“ interessiertes, aber nicht unbedingt wissenschaftliches Publikum zielt, haben diese Punkte eine enorme Überzeugungskraft und analytische Tiefe. Die Lektüre zeigt jedem – auch nicht Experten –, warum und wie der Westen letztthin im Kampf gegen den neuen Terrorismus, wie er seit dem 11. September 2001 vornehmlich die Öffentlichkeit beherrscht, jeden Fehler gemacht hat, der sich zu machen anbot. Das allein macht ihr Buch enorm wertvoll, vor allem als Grundlage für eine breite (vor allem, aber nicht nur politische) Debatte zu diesem Thema.

Louise Richardson hat ein wichtiges Buch zu dem derzeit wohl prägendsten Thema geschrieben, das sich wohltuend abhebt von den bisher üblichen Analysen zum Phänomen Terrorismus. Es ist politikwissenschaftlich, aber nicht politisch, dabei bezieht sie dennoch klar Stellung, benennt die gemachten Fehler und schlägt Wege vor, dem Terrorismus zu begegnen. Sie zeigt mit einer Fülle an Beispielen der unterschiedlichsten terroristischen Organisationen, quer durch viele historische Epochen und kulturellen Zusammenhängen, ihre Ähnlichkeiten. Das macht das Buch anschaulich und lesenswert. Die Leichtigkeit einer amerikanischen Wissenschaftspublikation sollte nicht darüber täuschen, dass

es sich hier um ein exzellentes Buch handelt, welches ein wichtigen Beitrag zu diesem Thema darstellt.

Kritisch anzumerken sind allein zwei Punkte, zum einen die Kategorisierung verschiedener Terrorgruppen in einer Vier-Felder-Matrix. Dort erscheint die Zuordnung bisweilen willkürlich, wird nicht näher begründet und ist durchaus kontrovers diskutierbar. Dort, wo ich es tatsächlich beurteilen kann, erscheint mir z.B. die unterschiedliche Behandlung protestantischer (pro-britischer) und katholischer (pro-irischer) paramilitärischer Organisationen innerhalb der Matrix. Ihrer Logik folgend spricht sie den pro-britischen Organisationen ein engeres Verhältnis zur protestantischen Bevölkerung ab, was so schlicht nicht haltbar ist. Genau an diesem Punkt setzt auch der zweite Kritikpunkt an dem Buch an: Ihre durchaus als verklärte Parteilichkeit für die IRA zu bezeichnende Haltung. Sie macht bereits zu Beginn des Buches kein Hehl daraus, woher sie kommt, vor welchem Hintergrund sie aufgewachsen ist und wie ihre Sympathien im irischen Konflikt gerichtet sind. Ihre an wenigen Stellen durch diese Sympathien persönlich gefärbten und fälschlich wertenden Analysen sind unpassend und trüben das Bild einer glänzenden Analyse an diesen Stellen. Während sie an keiner Stelle eine Wertung zu irgendeiner Person gibt, ist für sie der IRA-Freiwillige Eamon Collins ein „kaltblütiges IRA-Mitglied“. So viel bekannt ist, hat Eamon Collins nicht als Mörder für die IRA „gearbeitet“, sondern als Intelligence Officer und wurde nach seinen Enthüllungen und dem „Verrat“ von der IRA getötet. Keine andere namentlich erwähnte Person in dem Buch erfährt eine solche Wertung.

Diese Parteilichkeit trübt die Brillanz des Buches und sollte mit berücksichtigt werden. Zu ihren Gunsten kann man sagen, dass sie selbst in der Einleitung indirekt auf diese mögliche Schiefelage bzw. eine leichte Verklärung in Bezug auf die IRA und ihren republikanischen Kampf hinweist. Ansonsten gebührt ihr für dieses Buch das Lob, welches sie dafür von verschiedenen Seiten bereits bekommen hat.

Nils Zurawski

Reinhard Stockmann: *Evaluation und Qualitätsentwicklung. Eine Grundlage für wirkungsorientiertes Qualitätsmanagement*. Münster: Waxmann 2006, 375 Seiten

Qualitätsentwicklung und Qualitätsmanagement gehören neben an Wirtschaftlichkeit orientiertem Handeln schon seit Jahren zu den wesentlichen Voraussetzungen für privatwirtschaftliche Unternehmen, um erfolgreich auf den Märkten der Zukunft zu bestehen. Dahinter steht die Absicht, mit der Verbesserung der Qualität der Produkte eine höhere Kundenzufriedenheit zu erreichen und damit insgesamt die Wettbewerbsfähigkeit zu steigern. Das Thema Qualität ist inzwischen auch aus gesellschaftspolitischen Diskussionen nicht mehr wegzudenken und ist geradezu zum Leitgedanken für eine Vielzahl nicht gewinnorientierter, gemeinnütziger privater und staatlicher Organisationen avanciert. Denn auch im Nonprofit-Bereich ist es zunehmend notwendig, die für bestimmte Leistungen eingesetzten Mittel zu legitimieren und die Qualitäten und Wirkungen der angebotenen Dienstleistungen nachzuweisen.

Im Rahmen dieser Qualitätsdebatte wurde seit den 1990er Jahren eine ganze Palette von Qualitätsmanagement- und Evaluationsansätzen entwickelt und zur Anwendung gebracht. Die Anzahl der Publikationen zum Thema hat im Zuge dieser Entwicklung unübersehbare Ausmaße angenommen. Dabei fällt jedoch auf, dass Evaluationsansätze deutlich seltener thematisiert werden.

Das vorliegende Buch von Reinhard Stockmann hebt sich von dieser Masse an Literatur eindeutig dadurch ab, dass es sich intensiv mit einem wirkungsorientierten Evaluationsansatz beschäftigt, diesen darüber hinaus mit den klassischen Qualitätsmanagementansätzen vergleicht und beide Ansätze als komplementär zueinander in Beziehung setzt. Ausgehend von der Erkenntnis, dass die gängigen QM-Modelle, die im privatwirtschaftlichen Sektor genutzt werden, nicht eins zu eins auf Nonprofit-Organisationen (NPO) übertragbar sind und auch nicht primär Wirkungen im Blick haben, möchte Stockmann mit seiner theoretisch fundierten Evaluationskonzeption einen Beitrag zur Qualitätsentwicklung insbesondere für NPO leisten.

In der Einleitung stellt der Autor die Hintergründe und Entwicklungen der Qualitätsdiskussion sowohl im Profit- als auch im Nonprofit-Sektor dar und skizziert überblicksartig die Inhalte der einzelnen Kapitel.

Im zweiten Kapitel führt Stockmann nach einer kritischen Diskussion des Qualitätsbegriffs in die Konzepte des Qualitätsmanagement (QM) und der Evaluation ein. Stockmann greift zunächst die am weitesten verbreiteten Modelle für den Profit-Sektor DIN EN ISO 9000ff. und EFQM heraus.

Beide Ansätze werden verglichen und bewertet und die wesentlichen Unterschiede herausgearbeitet. Seit sich Nonprofit-Organisationen nun ebenfalls für QM-Modelle interessieren, wurde versucht, die bestehenden Modelle auf den Nonprofit-Sektor zu übertragen. Nonprofit und Profit-Sektor weisen jedoch erhebliche Unterschiede auf, die sich direkt auf das Qualitätsverständnis und entsprechend auf das Qualitätsmanagement auswirken.

Der Verfasser vertieft diese Zusammenhänge und beleuchtet zunächst detailliert den Nonprofit-Sektor in seiner Vielfalt, um im nächsten Schritt die zentralen Unterschiede zwischen Nonprofit-Organisationen und privatwirtschaftlich organisierten Unternehmen herauszuarbeiten. Demnach unterscheiden sie sich insbesondere durch die fehlende bzw. vorhandene Gewinnorientierung voneinander. Weitere wichtige Unterscheidungsmerkmale sind die Ausprägung der Wettbewerbsorientierung und die Tatsache, dass entweder Produkte oder Dienstleistungen erbracht werden. „Diese Unterschiede gilt es bei der Entwicklung von Qualitätsmanagementkonzepten und Instrumenten zur Qualitätsentwicklung zu beachten“ (61) fordert Stockmann in der Konsequenz.

Damit leitet der Autor in den zweiten Teil des Kapitels über und führt fundiert in das Evaluationsthema ein. Nicht nur Aufgaben und Ziele sowie zentrale Paradigmen und Dimensionen von Evaluationen werden umfassend dargestellt, sondern Stockmann grenzt darüber hinaus weitere Begriffe und Konzepte wie Monitoring und Controlling in verständlicher Form voneinander ab. Schließlich wird der Evaluationsansatz

dem zuvor diskutierten TQM-Modell gegenüber gestellt und Gemeinsamkeiten und Unterschiede identifiziert, was zu einem vertieften Verständnis der Evaluationskonzeption und ihrer Potentiale für die Qualitätssicherung beiträgt.

Im nächsten Kapitel steht die theoretische Konzeption der Evaluation im Mittelpunkt. Kern des Evaluationskonzeptes ist die Orientierung an erzielten Wirkungen als entscheidendem Qualitätsmerkmal. Entsprechend definiert Stockmann Wirkungen als „Veränderungen, die Folgen von Leistungen sind“ (102) und thematisiert umfassend die unterschiedlichen Dimensionen von Wirkungen. Im Unterschied zum schmalen, ausschließlich auf den Kunden fokussierten Untersuchungsfeld bei den herkömmlichen TQM-Ansätzen, ist für Stockmann ein breites Untersuchungsfeld, welches auch nicht intendierte und andere z.B. gesellschaftspolitische Wirkungen mit berücksichtigt, insbesondere im Nonprofit-Sektor zwingend notwendig.

Um sich dem anspruchsvollen Ziel der Erfassung von Wirkungen und ihrer kausalen Ursachenzuschreibung anzunähern, basiert Stockmanns Evaluationskonzeption auf der überzeugend hergeleiteten Kombination dreier theoretischer Ansätze. Die Ausführungen zum Lebensverlaufmodell, zur Innovations- und Diffusionsforschung und zur organisationstheoretischen Konzeption, die Organisationen als offene, soziale Systeme sowie als Instrument zur Erreichung von Zielen begreift, beleuchten Wirkungen „ganzheitlich“ aus drei zentralen Perspektiven. So sehr dem Leser mit dieser Fülle von Ansätzen – die zum Teil nur kurz skizziert werden – einiges

an Durchhaltevermögen abverlangt wird, so wichtig sind diese theoretischen Grundlagen für das Verständnis des hier präsentierten Evaluationsmodells.

Die theoretische Herangehensweise überzeugt besonders durch die Einbeziehung des Nachhaltigkeitskonzeptes bzw. die Zusammenführung der drei Ansätze zu einer multidimensionalen Nachhaltigkeitskonzeption.

Auf dieser Grundlage entwickelt Stockmann einen Evaluationsleitfaden und leitet die dafür relevanten Bewertungsbereiche und -kriterien ab. Abschließend werden diese Evaluationskriterien mit den Qualitätskriterien der Qualitätsmanagementsysteme verglichen und diese schließlich miteinander verknüpft. Hier wird deutlich, wie Qualität und deren unterschiedliche Ausprägungen mit Hilfe des von Stockmann entwickelten Evaluationsansatzes theoretisch erfasst und bewertet werden können.

Das vierte Kapitel widmet sich nun der Praxis und geht auf Methodik und Anwendung von Evaluation ein. Mit Detailkenntnis und basierend auf einem großen Erfahrungsschatz aus verschiedenen Arbeitsbereichen behandelt Stockmann sämtliche Aspekte, die bei der Planung und Durchführung einer wirkungsorientierten Evaluation von Bedeutung sind. Verschiedene Untersuchungsdesigns und Erhebungsmethoden, Bewertungsverfahren und die Entwicklung von Indikatoren werden ebenso dargestellt wie der soziale Kontext von Evaluationen, zentrale Evaluationsstandards, die Rolle der Evaluatoren und die Bedeutung von Partizipation für den Evaluationsansatz.

Anhand eines Musterleitfadens wird ausführlich und immer in Bezug auf die vorherigen Kapitel dargelegt, wie der theoretisch hergeleitete Evaluationsleitfaden in die Praxis umgesetzt werden kann. Zur Absicherung der empirischen Befunde ist es wichtig, dass quantitative und qualitative Methoden der Datenerhebung miteinander kombiniert werden. Die fünf inhaltlichen Bewertungsbereiche einer Evaluation werden auf der Basis des Musterleitfadens und seiner klaren Struktur umfassend erläutert und mit Kriterien und Fragestellungen unterlegt. Mit Blick auf die Qualität der zu erhebenden Daten sowie die Sicherstellung der späteren Nutzung der Evaluierungsergebnisse empfiehlt Stockmann, den Evaluationsprozess partizipativ zu organisieren und die Interessen der Stakeholder entsprechend zu berücksichtigen.

Für EvaluatorInnen, aber auch für alle an Evaluation Interessierte lohnt sich allein schon wegen dieses Kapitels die Lektüre des Buches: Auf etwas mehr als einen Blick erhalten die LeserInnen einen kenntnisreichen Ein- und Überblick zu den wesentlichen Aspekten einer an Wirkungen orientierten Evaluation.

Gleichwohl muss kritisch angemerkt werden, dass dieses Kapitel, auch wenn es die praktische Umsetzung der theoriebasierten Konzeption beschreibt, letztlich theoretisch bleibt. Der hier vorgestellte ideale Evaluationsleitfaden ist nur unter Idealbedingungen umsetzbar, die jedoch in der Realität leider nur allzu selten vorkommen. In der Regel sind einem Evaluationsauftrag im Non-profit-Sektor mangels ausreichender zeitlicher, personeller und finanzieller Ressourcen enge Grenzen gesetzt, so

dass eine derart umfassend konzipierte Evaluation oftmals nicht durchführbar sein wird. Leider geht der Autor auf diese realen Gegebenheiten und die daraus resultierenden Probleme für die Wirkungserfassung und deren kausale Ursachenzuschreibung nicht ein. So wird es in der Praxis darauf ankommen, sich auch mit weniger zu begnügen und aus der Fülle der theoretischen Zugänge, Perspektiven und Bewertungskriterien die für das jeweilige Evaluationsvorhaben relevanten Aspekte auszuwählen, natürlich mit dem Ziel, dem Ideal möglichst nahe zu kommen.

Im letzten Kapitel schließlich erläutert der Autor anhand von Erfahrungen, die im Laufe der letzten 15 Jahre mit diesem Evaluationskonzept in verschiedensten Projekten gemacht wurden, den „Werdegang“ des hier präsentierten Ansatzes. Darüber hinaus bietet er eine ausführliche Zusammenfassung, in der die wesentlichen Punkte des Evaluationskonzeptes mit Blick auf Qualitätsmanagement und die Besonderheiten des Nonprofit-Sektors noch einmal betont werden.

Was das Buch so spannend macht, sind aus meiner Sicht zwei Dinge: 1. der Umstand, dass Reinhard Stockmann mit diesem Buch einen bereits erprobten, wirkungsorientierten Evaluationsansatz in Beziehung zu gängigen Qualitätsmanagementinstrumenten setzt. Damit erweitert er die QM-Diskussion fundiert um die wesentliche Kategorie „Wirkungen“ und liefert einen neuen, nicht nur für den Nonprofit-Bereich geeigneten Ansatz zur Qualitätsentwicklung.

2. die Tatsache, dass das Buch aufgrund seiner Inhalte aus der Evaluationsforschung ein Stück angewandte Sozial-

wissenschaft repräsentiert und damit an der Schnittstelle von Theorie und Praxis angesiedelt ist. Auch wenn das Verhältnis zwischen beiden sich etwas mehr in Richtung Theorie neigt, so haben doch die Praxis und damit auch der Nutzen des Evaluationsansatzes wie auch der Nutzen des vorliegenden Buches einen großen Stellenwert für Stockmann: Die Ausführungen sind wissenschaftlich fundiert in einer verständlichen Sprache formuliert, Sachverhalte werden durch eine Vielzahl von Beispielen aus der Sozialarbeit, der Verwaltung, der Entwicklungszusammenarbeit, dem Hochschul- und dem Gesundheitsbereich illustriert und zentrale Zusammenhänge werden grafisch ansprechend präsentiert. Anwendung und Methodik der Evaluation stehen eindeutig im Vordergrund. So werden den LeserInnen sogar zwei interessante Beispiele für Evaluationsleitfäden aus der Praxis im Anhang zur Verfügung gestellt. Die Quellenhinweise sind zudem so zahlreich und die Literaturliste ist derart umfangreich, dass sie die vertiefende Lektüre zu so gut wie allen Details der Ausführungen möglich machen.

Insofern ist dieses Buch gleichermaßen für Studierende, für PraktikerInnen, für Lehrende und Forschende aus verschiedensten Arbeitsbereichen nicht nur des Nonprofit-Sektors geeignet. Auch für an der Qualitätsdiskussion Interessierte des Profit-Sektors bietet dieses Buch eine Fülle von nützlichen Hinweisen und Anregungen, da das theoretische Fundament der vorgestellten Evaluationskonzeption sektorübergreifend nutzbar ist.

Maria Lehmann

Berliner Entwicklungspolitischer Ratschlag e.V. (Hg.): *Von Trommeln und Helfern. Beiträge zu einer nicht-rassistischen entwicklungspolitischen Bildungs- und Projektarbeit*. Berlin: BER 2008, 2. Aufl., 84 Seiten

Es kann von „Rassismus gesprochen werden, wo erstens Menschen aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu einer nach körperlichen oder kulturellen Merkmalen definierten Gruppe bestimmte Eigenschaften zugeschrieben werden und zweitens eine ungleiche Verteilung von Ressourcen oder Rechten mit dieser Zuschreibung erklärt beziehungsweise legitimiert wird“ (S.13). Dieser so von *Aram Ziai* in seinem Beitrag definierte Rassismus findet sich auch in der – wie gut auch immer gemeinten – EZ und in den Aktivitäten der NRO wieder, die in Bildungsarbeit, Kampagnen, Projekten oder im Fairen Handel weltweite Verhältnisse aufdecken, kritisieren und an Lösungsansätzen arbeiten. Wie virulent Rassismus hier auftaucht und wie er überwunden werden könnte, zeigen zahlreiche Berichte aus und Analysen über die Aktivitäten aus den Hilfsorganisationen und der EZ. Sei es die stereotype Darstellung von Menschen auf den Kampagnenplakaten großer NRO (*Kiesel; Phillip*), die Nachfrage nach MigrantInnen zum Trommeln, Tanzen und Kochen für die entwicklungspolitische Öffentlichkeitsarbeit (*Akinyosoye und Schwarzer*) oder die Inhalte von Bildungsmaterialien, die in ihrer Darstellung selbst noch Klischees festschreiben (*Geißler-Jagodzinsky*) – immer wieder finden sich die Akteure partnerschaftlicher EZ selbst in rassistischen Verstrickungen wieder. Das

aufzudecken und zu reflektieren, ist das Verdienst dieser gut gemachten Broschüre, in der sich neben den Berichten aus der Praxis einleitende Grundlagen zum Rassebegriff und zur Entwicklungstheorie und -praxis befinden. Im Anhang werden praktische Übungen für die Bildungsarbeit und Materialien vorgestellt. Illustriert ist die Broschüre mit Fotografien aus einem mosambikanisch-deutschen Jugendfotoprojekt zum Thema „Armut und Reichtum“. Hier ist ein Perspektivenwechsel und damit eine Hinterfragung der eigenen Wahrnehmung von Zusammenhängen bereits in die Praxis umgesetzt.

Heide Mertens

Rainer Winter & Peter V. Zima (Hg.): *Kritische Theorie heute*. Bielefeld: transcript verlag 2007, 319 Seiten

Der vorliegende Sammelband hat zwei Hauptschwerpunkte, einen methodologischen, in dem es um die wissenschaftstheoretischen Voraussetzungen kritischer Theorie, und einen inhaltlichen, in dem es um die durch die „Dialektik der Aufklärung“ ausgelöste Kulturinduskriekritik geht. Die Beiträge zu dem letztgenannten Thema – v.a. *Zima & Winter* „Adorno als Medienkritiker“, *Kleiner* „Wer küsst den Froschkönig heute“, *Schweppenhäuser* „Kunst, Alltagskultur und ready-made bei Marcuse“, *Thomas & Langemeyer* „Mediale Unterhaltungsangebote aus gesellschaftskritischer Perspektive“, *Srubar* „Von der Macht des Kapitals zur Macht der Semiosis“, – sind allesamt stark exegetisch auf Adorno bzw. Marcuse ausgerichtet. Der Tenor der Kritik läuft darauf hinaus, dass deren Kulturinduskriekonzept, obwohl

prinzipiell nutzbringend, doch gar zu „total systemschließend“ konstruiert sei und das v.a. von den „cultural studies“ herausgestellte Faktum übersehe, dass „populäre Kultur“ „auch die Quelle von selbstmächtigen Variationen der präsentierten Inhalte seitens der Rezipienten“ darstelle (Srubar 298).

Die methodologischen Beiträge arbeiten sich fast alle an dem mutmaßlichen „Bruch“ zwischen Adorno und Habermas ab. Mit „Habermas' universalpragmatischer Variante der Kritischen Theorie“ können sie sich allesamt „nicht anfreunden“ (Zima 99). Die Kritik an Habermas wird dabei einmal von eher linken, an Adorno anknüpfenden Positionen aus formuliert, einmal von eher rechten, an Popper anknüpfenden. Dorn im Auge ist beiden Habermas' Bindung der Wahrheit bzw. Richtigkeit von Aussagen an die Bewährung im herrschaftsfreien Diskurs. Hiergegen setzt Steinert (stellvertretend für die eher linke Position) die „Reflexivität“: Es gehe um die Kritik an „einem herrschaftlich konstituierten Denken und dadurch verzerrten Begriffen, Normen und Selbstverständlichkeiten, die im Vorgang der reflexiven Anwendung, Analyse, Korrektur, Neu-Konzeption durch Erfahrung und theoretische Arbeit modifiziert, aufgebrochen, realitätstüchtiger, der Sache angemessener gemacht werden“ (Steinert 215) müssten. Zima (stellvertretend für die eher rechte Position) setzt dagegen seine „dialogische Theorie“, welche „die miteinander konkurrierenden Objektkonstruktionen“ im „Dialog zwischen den heterogenen Gruppen und ihren Theorien“ dem Risiko der „Erschütterung“ aussetzt und dabei auf „die Kraft des befreienden, infragestellenden, innovativen

und nicht-antizipierbaren Gesprächs“ (Zima 108f) setzt. Das sind hier wie da fraglos sehr honorige Maximen. Worin sie sich von der Habermasschen Forderung nach Prüfung der Wahrheit bzw. Richtigkeit von Aussagen in einer argumentativen Auseinandersetzung, in der alleine der „eigentümlich zwanglose Zwang des besseren Arguments“ zählt, unterscheiden, vermag ich allerdings nicht zu sehen – argumentieren heißt doch nichts anderes als das wechselseitige („reflexive“) Infragestellen von heterogenen Positionen mittels all der hier angebotenen Denkinstrumente (und vermutlich noch einiger anderer mehr). Auch wenn man, zumal als Adornianer, den unerschütterlichen Konsens- und Vernunftoptimismus von Habermas, der von seiner Koppelung der Vernunft an das „Abenteuer der Argumentation“¹ (Pereda 1993, 129) durchaus abtrennbar ist, keineswegs teilen muss – Alternativen zu Letzterem sind weder Steinerts noch Zimas Vorschläge.

Ärgerlich finde ich, dass in einem Band mit dem Titel „Kritische Theorie Heute“ jüngere Ansätze zu einer Neubegründung der Kritischen Theorie nach Habermas, wie die von Nancy Fraser² und Sheila Benhabib³, völlig unberücksichtigt bleiben. Deren fundierte wissenschaftstheoretische Gedankengänge hätten gerade den methodologischen Beiträgen sehr viel mehr an Tiefe verleihen können. Viel Neues hat mir der Band nicht gebracht – und das immer noch spannende Alte der Kritischen Theorie wird in dem (in keinem der Beiträge zitierten) Sammelband von Bonß/Honneth⁴ von 1982 mit seinem ganz ähnlichen Anspruch sehr viel besser vermittelt.

Gerhard Hauck

Anmerkungen

- 1 Carlos Pereda (1993): Zwei Modelle aufgeklärter Vernunft. In: C. Menke & M. Seel (Hg.): *Zur Verteidigung der Vernunft gegen ihre Liebhaber und Verächter*. Frankfurt a.M.
- 2 vgl. z.B. Frasers Beiträge in: N. Fraser & A. Honneth (Hg.) (2003): *Umverteilung oder Anerkennung?* Frankfurt a.M.
- 3 vgl. z.B. Sh. Benhabib (1995): *Selbst im Kontext*. Frankfurt a.M.
- 4 W. Bonß & A. Honneth (Hg.) (1982): *Sozialforschung als Kritik*. Frankfurt a.M.

Peter Niesen & Benjamin Herborn (Hg.): *Anarchie der kommunikativen Freiheit. Jürgen Habermas und die Theorie der internationalen Politik*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp 2007, 464 Seiten

Verschiedene Theorieentwürfe von Jürgen Habermas, vor allem die *Theorie des kommunikativen Handelns, Faktizität und Geltung*, Überlegungen zur „postnationalen Konstellation“ sowie auch unmittelbar zur Dynamik einer Weltinnenpolitik und zur möglichen Konstitutionalisierung des Völkerrechts können anregen, die aktuelle Dynamik staatlicher Institutionen, vor allem aber auch des Verhältnisses der Staaten untereinander und der politischen Verfasstheit einer entstehenden Weltgesellschaft genauer zu durchdenken und zu verstehen. In der Teildisziplin der Internationalen Beziehungen wurde vor allem die Frage verständigungsorientierten Handelns in Abgrenzung zu (neo)realistischen Vorstellungen strikter Interessenorientierung in der internationalen Politik sowie zu Rational Choice-Ansätzen aufgegriffen und sowohl im angelsächsischen Bereich wie im Rahmen der *Zeitschrift für internationale Beziehungen* (ZIB) debattiert.

Der vorliegende Band versucht nicht nur eine Zwischenbilanz dieser seit Anfang der 1990er Jahre laufenden Diskussion, sondern unternimmt es zugleich, sie mit weiterreichenden Überlegungen aus der Politischen Theorie und Politischen Philosophie zusammenzuführen. Habermas hat eine ausführliche abschließende Replik beigesteuert. Insgesamt geht es, wie Benjamin Herborn formuliert, darum, über „eine empiristisch verfahrenende und technokratisch orientierte“, „auf einen normalwissenschaftlichen Forschungsbetrieb beschränk(te)“ Politikwissenschaft durch eine gesellschaftstheoretische Öffnung hinauszukommen (147f).

Zunächst einmal lässt sich mit Bezug auf die Habermassche Sprechaktheorie zwischen *bargaining* und *arguing* unterscheiden, also einerseits zwischen einer strikt interessenbezogenen Aushandlung, wobei Kompromisse geschlossen werden können, die gegenseitigen Positionen sich aber nicht verändern, sowie andererseits einem Prozess, in dem die Situationsdefinitionen der Beteiligten zur Disposition stehen und grundsätzlich veränderbar sind. Im Verlauf von Versuchen, diese begrifflichen Bestimmungen empirisch anhand internationaler Verhandlungsprozesse zu untermauern, haben sich die Positionen differenziert – auch anhand methodologischer Schwierigkeiten, etwa bei der Erhebung von Einstellungen der Beteiligten an diplomatischen Prozessen. Während eine Strömung der Debatte an einem kommunikationstheoretisch begründeten „sinnrekonstruktiven Ansatz“ (Herborn, 149) festhält, haben andere wie Harald Müller und Nicole Deitelhoff eine eher institutionalistische Wende vollzogen und argumentieren mit Logiken der Angemessenheit und Verstrickung, die

etwa, wie Deitelhoff anhand der Gründung des Internationalen Strafgerichtshofs demonstriert, Verhandelnde auf Normen und materielle Vorgehensweisen insbesondere auch im Bereich der Menschenrechte verpflichten können, denen sie zunächst allenfalls verbal zugestimmt haben. Bemerkenswerterweise ergibt sich daraus für Müller auch eine entschiedene Kritik an unilateralen Vorgehensweisen, die über Jahrzehnte gewachsene institutionelle Einhegungen zwischenstaatlicher Gewaltanwendung in Frage stellen, wie dies insbesondere im Fall des Kosovo-Krieges 1999 und im Irakkrieg 2003 geschehen ist. Ebenso bemerkenswert ist, dass Habermas auf die scharfe Kritik Müllers an seiner Rechtfertigung des Kosovo-Krieges nicht eingeht, die hier ja nicht einfach ein politisches Bekenntnis darstellt, sondern aus der Perspektive der inkrementellen Institutionalisierung von Normen und normorientiertem Verhalten in der internationalen Sphäre folgt. Zugleich unterstreichen die zahlreichen Hinweise auf die Probleme des empirischen Nachweises kommunikationsorientierten, argumentativen Handelns nicht nur die faktische Gemengelage unterschiedlicher Kommunikationspraxen in Verhandlungsprozessen, sondern letztlich auch die begrifflichen Schwierigkeiten, die sich nicht zuletzt aus den normativen Implikationen der Sprechakttheorie ergeben. Deren Leistungsfähigkeit erweist sich, wie *Benjamin Herborth* zeigt, beispielsweise an der Kritik der verbreiteten Sicherheitssemantik, wie sie Ole Wæver entwickelt hat.

Auf einer anderen Ebene bewegen sich die Beiträge, die auf die Verfasstheit des internationalen Systems selbst ausgehen, die Problematik des Regierens

jenseits des Nationalstaates, der Konstitutionalisierung des Völkerrechts, der UN-Reform und letztlich der Frage, ob eine Weltrepublik möglich oder wünschbar sei. Eng damit verflochten ist die Problematik der Intervention. Hier stehen unter anderem die Möglichkeit und die Reichweite deliberativer Prozesse zur Debatte, die den Maßstäben, die u.a. auch Habermas für demokratische politische Verhältnisse formuliert hat, gerecht werden könnten. Am radikalsten stellt *Ingeborg Maus* unter Berufung auf Kant diese Möglichkeit in Abrede. Vielmehr untergrabe die zunehmende Delegation staatlicher Kompetenzen an supranationale Organisationen die Volkssouveränität, die die Grundlage jeglicher republikanischer Verfassung und auch als *Möglichkeit* selbstbestimmten politischen Lebens selbst dann zu achten sei, wenn die innere Verfasstheit eines Staates diesen Ansprüchen nicht genüge. Dem steht die pragmatische Hinnahme „politisch bedingter Willkür“ gegenüber, da „die internationale Gemeinschaft über kurz oder lang [sic]“ zur „Sicherung des Weltfriedens und ... Verhinderung massiver Menschenrechtsverletzungen ... auf die freiwilligen Beiträge leistungsfähiger Staaten angewiesen bleiben“ werde (*Christoph Humrich*, 405).

Einen eigenen Komplex bilden die Beiträge zur EU, wobei insbesondere *Hauke Brunkhorsts* scharfe Kritik an den Realitäten „transnationaler Klassenherrschaft“ hervorzuheben ist, die er am Beispiel der Chance die mit dem Verfassungsvertrag nicht so sehr durch die gescheiterten Referenden, sondern mehr noch durch die Art und Weise seines Zustandekommens wie auch einiger Inhalte vergeben wurde ebenso erläutert wie an konkreten Beispielen der Poli-

tikdefinition außerhalb institutioneller Strukturen, etwa im Fall des für das gesamte europäische Hochschulwesen so folgenreichen Bologna-Prozesses. An solchen Fällen wird deutlich, dass die anspruchsvolle Argumentationsebene keineswegs *art pour l'art* ist, sondern Kriterien bereitstellt für die Kritik konkreter Prozesse und institutioneller Arrangements. Allerdings wäre in solchen Zusammenhängen die Berücksichtigung anders angelegter Erklärungsmuster, etwa des Konzeptes der transatlantischen Klasse von Kees van der Pijl von großem Interesse gewesen.

Besonders erwähnenswert ist noch der Versuch *Rainer Forsts*, unterschiedliche Argumentationsmuster und -ebenen zur Begründung einer „Diskurstheorie transnationaler Gerechtigkeit“ zu entwickeln. In einem Gedankenexperiment, das unterschiedliche Argumentationsstrategien gegen eine als Überausbeutung verstandene gesellschaftliche Realität in den Blick nimmt, zeigt Forst u.a. die Konsequenzen der Orientierung moralischer Ansprüche auf Gerechtigkeit, aber auch auf Hilfeleistung an „Zuständen“, nicht aber an „intersubjektiven Verhältnissen“ auf: So ebnet die weit verbreitete erste Sichtweise den Unterschied zwischen den Folgen von Naturkatastrophen und jenen gesellschaftlicher Verhältnisse ein. Freilich dürfte die Zuschreibung eines „Hilfe- und Solidaritätsdiskurs(es)“ (alles 263) allein auf die erste Perspektive im Hinblick auf mögliche Inhalte von Solidarität einer bedenklichen Engführung unterliegen.

Diese kurzen Schlaglichter sollten deutlich machen, dass dieser überaus anregende Sammelband wirklich wichtige Beiträge leistet: Er eröffnet den Blick auf eine innovative, verkrustete Argu-

mentationsfronten aufbrechende Richtung in der Analyse der Internationalen Beziehungen, stellt die Problematik der *Global Governance* in einen höchst anspruchsvollen begrifflichen Rahmen und zeigt dabei wichtige potentielle Konsequenzen der unterschiedlichen begrifflichen Vorkehrungen auf und vermittelt Argumente und Einsichten zur aktuellen Dynamik von Staatlichkeit. Nicht zuletzt kann er als Anregung zur kritischen Auseinandersetzung mit den einschlägigen Schriften von Habermas dienen.

Reinhart Kößler

**Ton van Naerssen, Ernst Spaan
u. Annelies Zoomers (Hg.):
Global Migration and Development. London: Routledge 2008,
338 Seiten**

Dass die Rückübweisungen von MigrantInnen in die Peripherie nach Zahlen der Weltbank mittlerweile die zwei- bis dreifache Summe der offiziellen Entwicklungshilfe ausmacht, hat sich in den letzten Jahren herumgesprochen. Die vorliegende Publikation, hervorgegangen aus einer Konferenz zum Thema, springt auf den fahrenden Zug auf und nimmt sich vor, einen „Überblick über die diversen Formen und den globalen Charakter internationaler Migration im Zusammenhang mit Entwicklungsprozessen“ (2) zu geben. Die nicht mehr ganz taufrische Grundthese lautet, dass statt von einem „brain drain“ – einem Verlust von hochqualifizierten MigrantInnen für das Herkunftsland – zu sprechen, viel eher der „brain gain“ – der Gewinn durch Rücküberweisungen, Wissenstransfer und Investitionen durch die Ausgewanderten wichtiger sei und entsprechend

größere Aufmerksamkeit verdient hätte. Versprochen werden dabei „neue Einsichten auf der Grundlage empirischer Belege aus innovativer Forschung in verschiedenen Ländern“ (xvii).

Die Einleitung der niederländischen HerausgeberInnen betont, der Zusammenhang zwischen Migration und „Entwicklung“ sei kein Automatismus, sondern „multidimensional und komplex“ (2, 10, 15) und von den jeweiligen Kontexten und von menschlichem Handeln abhängig. Ansonsten enthält sie abgesehen von einem kurzen Abriss einiger Migrations- und Entwicklungstheorien lediglich eine Vorstellung der weiteren 15 Beiträge. Diese sind in vier thematischen Blöcken zusammengefasst.

Im ersten geht es um Rücküberweisungen an daheimgebliebene Familienmitglieder. *Hein de Haas* illustriert anhand einer Fallstudie zum ländlichen Marokko die Bedeutung von Netzwerken für die Entstehung bzw. die Nutzbarmachung von Migrationsmustern. Dabei habe interne Migration oft eine „Sprungbrettfunktion“ für internationale und die Migration als Strategie zur Diversifizierung und Verbesserung des Haushaltseinkommens werde eher von den weniger Armen genutzt – den Marginalisierten fehlten dafür Ressourcen und soziales Kapital. *Graeme Hugo* arbeitet die ökonomischen und sozialen Auswirkungen der Migration im östlichen Indonesien heraus und untersucht die Verwendung der Rücküberweisungen, wobei Investitionen im Bildungssektor (Schuldgeld) oder zur Renovierung von Häusern bereits als „development-related activity“ (55) gezählt werden. In ihrem Vergleich von vier Mikro-Regionen in Mexiko und Bolivien kommen *Virginie Baby-Collin*, *Geneviève Cortes*

und *Laurent Faret* zu dem Schluss, dass die Rücküberweisungen in Mexiko zwar deutlich mehr zur Erhöhung der Lebensqualität beitragen, aber deutlich seltener zu produktiven Investitionen führen als in Bolivien. *Cindy Horst* schließlich befasst sich mit der Rolle von Rücküberweisungen für somalische Flüchtlinge in kenianischen Flüchtlingslagern.

Der zweite Teil befasst sich mit „Diasporas and Development at Home“. *Gaspar Rivera-Salgado* und *Luis Escala Rabadán* schildern die Aktivitäten mexikanischer „hometown associations“, deren kollektive Rücküberweisungen Hilfs- oder Infrastrukturprojekte in ihrer Herkunftsregion finanzieren, oft mit substantieller finanzieller Unterstützung der mexikanischen Behörden auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene. Ähnliche Organisationen der philippinischen MigrantInnen in Italien untersuchen *Fabio Baggio* und *Maruja M.B. Asis*, wobei dort die Unterstützung durch staatliche Behörden deutlich geringer ausfällt. *Mirjam Kabki*, *Valentina Mazzucato* und *Ton Dietz* vergleichen die Rolle von MigrantInnen in verschiedenen Gemeinden der Ashanti-Region in Ghana und stellen fest, dass in kleineren Gemeinden Mechanismen der sozialen Kontrolle sowie eine größere Vertrauensbasis zu einer sehr viel stärkeren Beteiligung von MigrantInnen bei der Finanzierung öffentlicher Projekte führen. *Ton van Naerssen* untersucht das Verhältnis von migrantischen Organisationen und Entwicklungszusammenarbeit in den Niederlanden und folgert, dass transnationale Lebensweisen „ein riesiges Potenzial für die Entwicklungszusammenarbeit“ bieten, das durch vermehrte Dialoge und Kooperationen „erschlossen und optimiert“ werden sollte (188).

Ein weiterer Abschnitt behandelt den Transfer von Wissen, Kompetenzen und Ideen. *Katharina Goethe* und *Felicitas Hillmann* untersuchen den Beitrag hochqualifizierter GhanaerInnen in Hamburg und Berlin zu solchen Transfers in ihr Herkunftsland und schätzen diesen aufgrund einer weitgehend Integration in die Gesellschaft im Zielland als relativ gering ein. *Robert Potter* und *Dennis Conway* schildern demgegenüber das stark verwurzelte Heimatgefühl vieler karibischer MigrantInnen und ihren Wunsch, „zu Hause“ etwas zur Verbesserung der Situation beizutragen. *Liza Nell* analysiert die Interaktion zwischen (v.a. in Studierendenorganisationen) politisch aktiven MigrantInnen aus Surinam in den Niederlanden und der politischen Klasse vor Ort in den verschiedenen historischen Phasen und konstatiert, dass der Erfolg der rückkehrenden politischen Akteure daran geknüpft war, ob sie sich in das politische Parteiensystem eingefügt haben.

Teil Vier des Buches („Comprehensive Studies“) beinhaltet eine hochinteressante Studie der Feminisierung der Migration am Beispiel ländlicher unverheirateter Frauen im Senegal und Sri Lankischer verheirateter Frauen im Libanon. *Fenneke Reysoo* thematisiert dabei zunächst die Sichtbarkeit der Frauen in der Migrationsforschung als verantwortlich für diesen Trend, bevor sie auf der Grundlage qualitativer Forschung die Komplexität ökonomischer und sozialer Strukturen nachzeichnet, ohne die Migrationsstrategien unverständlich bleiben – und demonstriert so die Unzulänglichkeit reduktionistischer push- und pull-Modelle einer neoklassischen, auf rationale individuelle Entscheidungen fixierten Tradition.

Hye-Kyung Lee setzt sich mit der Situation von Frauen im Bereich der Dienstleistungs- und Heiratsmigration im Kontext rechtlicher und ökonomischer Veränderungen in Südkorea auseinander. *Maggi Leung* widmet sich der Rolle von im Ausland lebenden ChinesInnen für Chinas wirtschaftlichen Aufschwung. *Parvati Raghuram* beschließt den Band mit einer Abhandlung, inwiefern Diskurse zu Migration und Entwicklung in Indien zur Herstellung der Nation als einer identitären Gemeinschaft beitragen.

Der Sammelband bietet bis auf wenige Ausnahmen zwar solide empirische Forschung, die allerdings oft deskriptiv und wenig analytisch bleibt und in der Regel mit eher wenig überraschenden Forschungsergebnissen aufwartet (z.B. dass Konflikte zwischen hometown associations und der Gemeinde den Projekterfolg beeinträchtigen, 124). So lassen sich auch in vielen Beiträgen gewisse Beschränkungen auffinden: dies betrifft nicht nur die unkritische Verwendung des Entwicklungsbegriffs und vereinzelt passend dazu eine technokratische, auf Expertenwissen aufbauende Sozialtechnologie (178), sondern auch weitere Aspekte. Die verbreitete Fixierung auf finanzielle Aspekte und Kapitaltransfer suggeriert in längst überwunden geglaubter modernisierungstheoretischer Tradition eine lineare Beziehung zwischen makroökonomischen Daten und den Lebensverhältnissen der Menschen. Entgegen der Beteuerung der HerausgeberInnen in der Einleitung wird „Entwicklung“ oft rein ökonomisch als höheres Einkommen konzipiert. Und weitestgehend ausgeblendet bleibt, dass sich der neue Trend zur Auslagerung der Entwicklungshilfe (oder allgemein von

Investitionen in öffentliche Güter) in die Hände der MigrantInnen hervorragend in eine zunehmend neoliberale Transformation der Nord-Süd-Beziehungen und der Staatsaufgaben einfügt. Von diesen Beschränkungen abgesehen bietet der Band jedoch eine Fülle an interessanten empirischen Studien zur Thematik.

Aram Ziai

nah & fern. Das Kulturmagazin für Migration und Partizipation. Schwerpunkt: Engagement ohne Bevormundung. Karlsruhe: von Loeper Literaturverlag, Heft 37, 12/2007, 60 Seiten

„Wenn man den Helfer zufällig auf der Straße trifft, erzählt man ihm automatisch, ob [...] die Tabletten gegen Depression nun besser wirken. [...] Man benimmt sich wie ein Kind [...], das die Mutter trifft und sofort sagt, wohin es geht.“ *Devrim Lehmann*, die als politischer Flüchtling in Deutschland lebt, benennt damit einen Mechanismus alltäglichen und internalisierten Paternalismus. Der lezenswerte Heftschwerpunkt „Engagement ohne Bevormundung“ der dreimal jährlich erscheinenden Zeitschrift *nah & fern*, die sich an ehrenamtlich und beruflich Aktive in der Flüchtlings(sozial)arbeit richtet, greift ein heikles Thema auf: das Verhältnis zwischen Helfenden und KlientInnen. Vier Perspektiven werden auf die Problematik geworfen: Devrim Lehmann beschreibt den „Zwiespalt zwischen Abhängigkeit und Selbstbehauptung“ auf beiden Seiten, so hat sie auch bei Helfenden eine Abhängigkeit von den zu Helfenden festgestellt. Sie fordert, dass – etwa vor Gericht – sie es ist, die bestimmt, ob und wie ihre Geschichte

erzählt wird. Der Ethnologe *Stephan Dünnwald* hat ehrenamtliches Engagement genauer unter die Lupe genommen und diagnostiziert vor allem bei den deutschen Helfenden einen „pädagogischen Habitus“ und eine „belehrende Grundhaltung“. Zurückzuführen sei dies auf die deutsche Ausländerpolitik und die Vorstellung, dass „alle Problemfelder auf pädagogischem Weg bewältigt werden müssen“ und nicht etwa politisch sowie auf die enge Verzahnung von Wohlfahrtsverbänden und staatlicher Migrationspolitik. *Mehrnousch Zaeri-Esvahani*, die mit ihren Eltern aus dem Iran über die Türkei nach Deutschland flüchtete, rechnet in „Nur ihr Bestes“ mit den „Um zu“-Sätzen ab. – „Um sie zu integrieren, gebe ich ihnen Integrationskurse“ (Innenminister) oder „Um sie vor der Abschiebung zu schützen, verstecke ich sie in meiner Wohnung“ (Helfer). Der Soziologe *Albert Scherr* plädiert für einen Umgang mit Flüchtlingen und MigrantInnen, der Stereotype hinterfrage, mit Selbstorganisationen kooperiere und sich einem ethnisierenden Kulturdiskurs entgegen stelle. Die Voraussetzung dafür ist eine Repolisierung der Sozialen Arbeit und die Auseinandersetzung mit der Migrationspolitik und den Gründen von Problemlagen. Dem Heft gelingt es, facettenreich die Problematik zu beleuchten und ohne Schuldzuweisungen, aber trotzdem mit klaren Worten, Veränderung einzufordern. Folgerichtig behandeln auch die anderen Beiträge von *nah & fern* kritisch die deutsche und europäische Migrationspolitik, werden Fotos migrantischer KunstproduzentInnen publiziert und ironisch Deutsche im Einwanderungsland betrachtet.

Helen Schwenken

María do Mar Castro Varela:
Unzeitgemäße Utopien. Migrantinnen zwischen Selbsterfindung und Gelehrter Hoffnung. Bielefeld: Transcript 2007. 304 Seiten

„Die Utopikerin visioniert Orte, die anders als der Ort sind, an dem sie lebt, während sich die Migrantin auf den Weg macht, eben diese Orte zu finden.“ (38) Somit ist die „Migrantin die materielle Utopikerin“. (38) María do Mar Castro Varela hat in ihrer Dissertationsarbeit einen interessanten Bogen zwischen Utopie und Migration aufgespannt. In einem gelungenen theoretischen Einleitungsteil verbindet sie eine an Ernst Bloch und Michel Foucault orientierte Utopiediskussion, die sie an Hand der Konzepte von „Selbsterfindung“ (66f) und „gelehrter Hoffnung“ (61f) engführt, mit einer an postkolonialen Ansätzen orientierten Raumdiskussion, die Konzepte wie *third spaces*, *Borderlands*, Grenze, und Heterotopie umfasst.

Anders als die Utopien (Nicht-Orte) werden Heterotopien in Anschluss an Foucault gerade als „wirkliche und wirkmächtige Orte“ (58) verstanden, in denen unter anderem Abweichungen die Regel sind (232) und Inkommensurables miteinander vereint ist (230).

Mit dem Hinweis darauf, dass bereits Thomas Morus „Utopia“ als imaginären „Dritten Raum“ zwischen Alter und Neuer Welt konzipierte, versucht die Autorin in postkolonialer Manier, Utopie in die Nähe von Konzepten wie Anzaldúas „borderlands“ oder Bhabhas „third space“ zu rücken. Mit einem derartigen Utopie-Konzept macht sich Varela Castro nun daran, die Visionen von Migrantinnen herauszuarbeiten; dabei ist es ein Ziel, den anti-utopischen

Diskurs zu überschreiten sowie Migrantinnen weder zu viktimisieren (98) noch zu heroisieren.

Damit die Visionen der Migrantinnen hörbar werden, greift Varela Castro auf die Methode der Gruppendiskussion zurück. Um die Autorität der Wissenschaftlerin zu bannen, werden die „Texte nicht klassisch interpretiert, sondern [sie] als Impuls für kritische Interventionen verstanden“ (119). Problematisch ist dabei jedoch, dass es ein Ungleichgewicht zwischen Interviewfragmenten und den postkolonialen theoretischen Ausführungen gibt, so dass Empirie und Theorie nicht recht zusammenfinden. Auffällig und auch von der Autorin in einem Exkurs reflektiert sind die Gesprächsunterbrechungen durch Gelächter der Diskutierenden. Castro Varela führt die Häufigkeit des Lachens zwar einerseits auf die gute Interviewatmosphäre zurück, andererseits reflektiert sie dies an Hand der Figur des Narren, der unter Gelächter die Wahrheit sagen und den Finger in die Wunde legen kann. Bei genauer Durchsicht der Interviewfragmente scheint mir diese Funktion des Lachens jedoch kaum bedient zu sein; oft ist es in der Tat ein gruppen-stabilisierendes Lachen, das auf Konsens hindeutet, aber eben auch die Narration abbricht. Auch das wir-destabilisierende Lachen unterbricht die Narration, sofern sich die Erzählerin nicht über diese Unterbrechung hinwegsetzt. Bei der Häufigkeit des Lachens und der bereits aus den Fragmenten hervorgehenden Abbrüche der Narration stellt sich die Frage, ob nicht die Methode der Gruppendiskussion in der hier vorliegenden Konstellation eher behinderte und die – wenn auch kursorische – Selbstreflexionen, auf die

es ja gerade bei den utopischen Visionen ankäme, unterbrach.

Im Sinne der Engführung auf die Fragestellung von Utopie und Migration ist nicht ganz nachzuvollziehen, warum sich Varela Castro im empirischen Teil auf Migrantinnen der zweiten Generation konzentriert, also auf eine Generation, die nun gerade nicht Utopien im Sinne des Aufbruchs hatten. Und so schreibt sie denn auch später: „Deutschland gilt den diskutierenden Migrantinnen eher als das utopische Land der Eltern“ (212). So kommt in den ausgewerteten Interviewpassagen eher auch ein gewisses Fehlen von Utopien zu Ausdruck, das den eingangs stark gemachten theoretischen Link zwischen Utopie und Migration relativiert. Statt um weitergehende Utopien handelt es sich oftmals eher um persönliche Ziele, wobei von den kollektiv getragenen Vorstellungen noch am ehesten Visionen von Anerkennung, Toleranz und die Ablehnung identitärer Zuschreibungen als utopisch angesehen werden können.

Die Forderung nach Anerkennung entspricht nun gerade der Selbstwahrnehmung als „doppelte Fremde“ (211), das heißt Fremdheitserfahrungen sowohl in den Herkunftsland ihrer Eltern als auch in dem jetzigen Aufenthaltsland. Diese doppelte Fremdheitserfahrung stellt Castro Varela allzu postmodern-optimistischen Konzepten wie einer elite-orientierten Fassung von „Hybridität“ (211) oder aber auch den „Borderlands“ entgegen, denn bei beiden Konzepten wird eine Art „intermixture“ (211) vorausgesetzt die letztlich Neues, Drittes entstehen lässt, was dem Erfahrungshorizont der hier diskutierenden Migran-

tinnen nicht entspricht. Statt dessen geht es ihnen vielmehr um eine permanente „Kunst der Selbsterfindung“, die sich in einer Vielzahl von Räumen vollzieht und die mit diversen Grenzüberschreitungen verbunden ist.

In diesem Sinne arbeitet Varela Castro immanente Strategien der Migrantinnen der zweiten Generation heraus, etwa die Dissimulation, bei der die Subjekte in Form einer Maskerade Stereotype übernehmen, um diese subversiv zu unterlaufen. Es geht also um diese „Selbsterfindungen“ und Politiken der Verortung, die – so meine ich – allerdings nicht als „utopische Visionen“ bezeichnet werden können. Damit stellt sich die Frage, ob es sinnvoll ist, Anerkennungs- und Teilhabekämpfe (Wahlrecht, doppelte Staatsbürgerschaft, soziale Anerkennung) im Utopie-Konzept zu erfassen, um dann noch ihre mögliche Durchsetzung in einem Vulnerabilitäts-Schema einzufangen.

Utopien blitzen dabei am ehesten in Momenten des Alltagshandelns auf. Wichtigere Räume sind dagegen Heterotopien als existierende Orte, an denen Gegensätzliches wie „Religiosität und offen gelebte Homosexualität“ (230) koexistieren, oder erträumte Räume, aber auch durch Rechtsextremismus geprägte „dystopische Schreckensräume“ (236). Es ist insbesondere die Verbindung von Politiken der Verortung mit postkolonialen Raumkonzepten, die gekonnt mit Alltagspraktiken der Migrantinnen der zweiten Generation in Beziehung gesetzt werden, die diese Arbeit lesenswert macht.

Olaf Kaltmeier

Eingegangene Bücher

- Basler Afrika Bibliographien: *Jahresbericht 2007 – Annual Report*. Basel: Basler Afrika Bibliographien 2008
ISSN: 1424-2931
- Bührmann, Andrea D.; & Werner Schneider: *Vom Diskurs zum Dispositiv. Eine Einführung in die Dispositivanalyse*. Bielefeld: transcript 2008, 180 S.
ISBN: 9783899428186
- Ferguson, James: *Global Shadows: Africa in the Neoliberal World Order*. Durham: Duke University Press 2007, 272 S.
ISBN: 9780822337058 (geb.);
9780822337171 (pb.)
- Habermann, Friederike: *Der homo oeconomicus und das Andere. Hegemonie, Identität und Emanzipation*. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 2008, 320 S.
ISBN: 9783832937164
- Hauck, Gerhard: *Kultur. Zur Karriere eines sozialwissenschaftlichen Begriffs*. Münster: Westfälisches Dampfboot 2006 (= Einstiege, 16/17), 226 S.
ISBN: 9783896916853
- Klein, Gabriele; & Michael Meuser (Hg.): *Ernste Spiele. Zur politischen Soziologie des Fußballs*. Bielefeld: transcript 2008, 276 S.
ISBN: 9783899429770
- Linebaugh, Peter; & Marcus Rediker: *Die vielköpfige Hydra. Die verborgene Geschichte des revolutionären Atlantiks*. Berlin & Hamburg: Assoziation A, 432 S.
ISBN: 9783935936651
- Papadopoulos, Dimitris; Niamh Stephenson & Vassilis Tsianos: *Escape Routes. Control and Subversion in the 21st Century*. London: Pluto Press, 320 S.
ISBN: 9780745327785
- Partzsch, Lena: *Global Governance in Partnerschaft. Die EU-Initiative „Water for Life“*. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 2007, 242 S.
ISBN: 9783832930332
- Ponce, Javier: *Sackgassen des Helfens und Möglichkeiten von Entwicklung. Eine Bilanz aus Lateinamerika*. Münster: Westfälisches Dampfboot 2008, 240 S.
ISBN: 9783896917423
- Spree, Dierk: *Krieg und Gesellschaft. Die Konstitutionsfunktion des Krieges für moderne Gesellschaften*. Berlin: Duncker & Humblot 2008, 332 S.
ISBN: 9783428125616
- Teschke, Benno: *Mythos 1648. Klassen, Geopolitik und die Entstehung des europäischen Staatensystems*. Münster: Westfälisches Dampfboot 2007 (=Theorie und Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft, 22), 307 S.
ISBN: 9783896911223
- WIDERSPRUCH 54: *Energie und Klima*. 28. Jg., 1. Halbjahr 2008, Zürich: WIDERSPRUCH (Postfach – CH 8031 Zürich) 234 S.
ISSN: 1420-0945
- Wölte, Sonja: *International – national – lokal. FrauenMenschenrechte und Frauenbewegung in Kenia*. Königstein/Taunus: Ulrike Helmer Verlag 2008 (= Frankfurter Feministische Texte), 298 S.
ISBN: 9783897412590